

Demokratisches Recht und europäische Politik

Inhalt

Jede Krise ist eine Chance von Dieter Koschek	3
Das Unrecht schreit zum Himmel eine Buchübersetzung von Renate Brutschin	5
Das Kontrastprogramm zur Krise von Dieter Koschek	8
Weltsozialforum	10
Anonymität und Person von Andreas Pahl	12
Demokratisches Recht und europäische Politik	
ATTAC: 10 Prinzipien für einen demokratischen EU Vertrag	13
Europa des Herzens? Von Jan Jakubowicz	14
Europawahl 2009	15
Ein auskömmliches Existenzminimum steht jedem zu, von Peter Schilinski	16
Sinn und Grenzen des Rechtes von Anton Kimpfner	18
Gedanken zum Gerichtswesen und Strafvollzug von Peter Schilinski	18
Mehr verantwortliche Demokratie von Anton Kimpfner	19
Eulenspiegel und Umgebung	
Freuden und Leiden des Menschseins	21
Freundeskreistreffen Modell Wasserburg	22
Studientage Soziale Skulptur - ein Bericht	23
Zugegen Messe und Kongress	23
Anthroposophie & jedermannsch	
Das Große ist nur in kleinen Schritten zu erreichen von Anton Kimpfner	24

Liebe jedermensch

die Finanz- und Wirtschaftskrise hat unser Schwerpunktthema „Demokratisches Recht und europäische Politik“ plötzlich eingeholt. Die Streitereien über den Protektionismus einiger Nationalstaaten, die ihre jeweilige nationale Industrie schützen wollen, zeigen klar den Widerspruch zum europäischen Binnenmarkt und zu Welthandelsrecht. Buy american, Sarkozy und Opel sind nur Stichworte, die die aktuellen Probleme widerspiegeln. Unser Schwerpunktthema betrachtet die Thematik von verschiedenen Seiten aus und wusste auch noch nichts von der aktuellen Diskussion. Doch wird eines schnell klar: Ohne eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union wird die Zukunft der nur wirtschaftlich orientierten europäischen Politik ungewiss bleiben. Ein „Europa der Herzen“ muss sich an die Menschen wenden und nicht nur den Wirtschaftsraum in den Vordergrund stellen. Mit europäischen Grüßen
Dieter Koschek

Wochenendseminar

Freitag, 19. Juni bis Sonntag, den 21. Juni 2009

Entdecke den *nwo* in dir

Mit Elke Maria Riedmann

Mit was wir uns an diesem Wochenende „beschäftigen“: Gefühle – Gefühle kennt jeder – kann sich jeder hinein-fühlen – in ein „Traurigsein“ – in ein „Fröhlichsein“ – in ein „Beleidigtsein“ oder „Gekränktsein“ – ein „Angsthaben“ – umso echter die Gefühle gespielt oder ausgedrückt werden, ... umso schöner ist die Figur, der Clown ... sich blamieren ... kann man üben und lernen bis es Spass macht. Schwächen zeigen ... mit einer reifen Ehrlichkeit.

„So dumm bin ich“ und mit „Mut zur Hässlichkeit“ ... (was zum Beispiel Kleidung betrifft) ... Stärken übertreiben...bis ins Lächerliche.

Bevor wir aber zu diesen – clownesken – Schwerpunkten kommen, gibt es viel Bewegungs-, Kommunikations- und Kennenlernspiele.

Information: Elke Riedmann, Tel./ Fax: 0043-(0)5572-386555

Wochenendseminar

27. bis 29. März 2009

Freitag 20 Uhr bis Sonntagmittag

Sicherheit in turbulenter Zeit Wie können wir neues Vertrauen finden?

Mit Anton Kimpfner (Schriftsteller), Ansgar Liebhart (Psychotherapeut) und Inga Gessinger (Eurythmie)

Beiträge, psychologische Gesprächsarbeit und eurythmisches Bewegen (bitte leichte Schuhe mitbringen)

Äußerlich nehmen zahlreiche Unsicherheiten zu. Das Schicksal beutelt viele Menschen recht heftig. Wie können wir trotzdem gut damit umgehen lernen? Was ist es, das uns dennoch trägt: individuell, zwischenmenschlich und auch im größeren sozialen Zusammenhang?

Eulenspiegels Kulturraum, Dorfstraße 25, 88142 Wasserburg, Telefon 08382/89056

Impressum

Herausgeber: Jedermannsch-Verlag, Brutschin, Koschek & Partnerinnen GbR, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg(B)
Vertrieb und Redaktion: Jedermannsch-Verlag, Dorfstr. 25, 88142 Wasserburg (B), Telefon: 08382/89056
Redaktion: Dieter Koschek (ViSdP) und Anton Kimpfner
Gestaltung: Barbara Wagner und Dieter Koschek; Titelblatt nach einer Idee von Renate Brutschin; die Skizzen im Inneren stammen ebenfalls von Renate Brutschin.
Freie Mitarbeiter: Alte und neue Freunde des jedermannsch und des Modell Wasserburg e.V.

Alle Zahlungen bitte an: Jedermannsch-Verlag, Konto-Nr. 13 70 70-206, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20) .

Internationale Bankverbindung:

IBAN DE18 2001 0020 0137 0702 06; BIC PBNKDEFF

Der jedermannsch erscheint vierteljährlich, jeweils März, Juni, September und Dezember. Einzelheft Exemplare kosten 4.50 €, Abonnement jährlich 18 € (einschl. Porto und Versand).

Druck: digitaldruck leibi, Holzheimer Str. 7, 89233 Neu-Ulm

Der jedermannsch wird auf Umweltschutzpapier gedruckt.

Die Auflage beträgt 250. ISSN 0949 – 3247

jede krise ist eine chance

Da ist ja richtig was los in der Welt: Finanzkrise, dann Wirtschaftskrise – und alle stehen staunend vor den Massen von Geld, das bewegt werden soll, um die Welt zu retten. Geht es wirklich um die Welt oder um die verteilten Ressourcen, die niemand aufgeben will?

Auf jeden Fall werden die Bürger und Bürgerinnen wieder mal erpresst, um den Willen von Arbeitsplätzen. „Der Wirtschaft“ wird mit Konjunkturspritzen geholfen zu versuchen über die Runden zu kommen. Obama spricht von einer Billion Dollar und es ist eine Billion, also 1000 Millionen gemeint, Auch die Idee 500 € an jeden Bürger zu verteilen, das wären aber nur 40 Milliarden €, ist nicht zu verachten.

Es ist für mich nicht zu durchschauen, was da alles so passiert und ich bin hilflos der Informationsflut ausgesetzt.

Etwas, was ich durchaus vertreten könnte sind Kredite, um die jeweilige Produktion zu ermöglichen oder fortzuführen, wenn, ja wenn, die Produkte eine Chance auf dem Markt haben und gebraucht werden. Das scheint ja bei der Autoindustrie nicht der Fall zu sein. Wenn der Umsatz zurück geht, dann ist ein Kredit mit nichts zu rechtfertigen. Bei zurückgehendem Umsatz, also einer sinkenden Nachfrage, dann ist die Produktion zu drosseln. Natürlich werden dann Menschen von der Lohnarbeit freigesetzt und das ist in der heutigen Zeit ein Drama, aber hier können Milliardenkredite doch nicht dazu hergenommen werden um falsche Unternehmenspolitik aufzufangen. Hier sind Kredite notwendig um neue Produkte, die gefragt sind und Sinn machen zu fördern, als Beispiel die öffentlichen Verkehrsmittel oder regenerativen Energien. Sicher ist es auch gut Schulen zu reparieren und zu verbessern, dazu gehört es auch neue pädagogische Ideen zu entwickeln und Lehrer entsprechend auszubilden.

Also, ein Kredit an die Autoindustrie nur, um wirklich nachgefragte Produktion zu ermöglichen, falls dies niemand anderes tut, zum Beispiel weil die Banken gerade selber marode sind.

Auch ein Geldgeschenk an die Konsumenten ist nicht so sinnvoll, auch wenn ich das Geld gerade gut gebrauchen könnte, weil ich zum Beispiel eine Bildungsreise antreten will, oder eine Heizungssanierung angehen will. Ob da allerdings 500 € wirklich helfen? Ein Geldgeschenk, damit irgendwelche blödsinnigen Dinge konsumiert werden, ist ja wohl das allerletzte. Ein Anstreben einer Erhöhung des Konsums erscheint mir ja auch als Unsinn. Nur dem Arbeitsplatzargument geschuldet und mit sonst nichts zu rechtfertigen. Aber mit gewaltigen ökologischen fragwürdigen Folgen. Hier gäbe es aber auch wirklich betroffene Bevölkerungsteile, die, sagen wir monatlich 100 € mehr zum Leben gut gebrauchen könnten. Nicht umsonst fordern immer mehr NGOs die Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV auf 500 € pro Erwachsenen und eine Erhöhung für Kinder im Schulalter. Was aber fehlt und nicht zu sehen ist, ist ein Weg aus der Krise. Hier ist ein anderes Wirtschaftsmodell von Nöten und das ist ja einigen Mitmenschen schon seit Jahrzehnten bewusst.

Natürlich ist der Zusammenbruch der Autoindustrie schlimm, vor allem wenn überhaupt kein Alternativ-Konzept zu erkennen ist. Die Regierung will wieder in abgasarme Autos und in mehr Straßen investieren. Natürlich ist es jetzt etwas zu spät um wirksame Gegenkonzepte umzusetzen, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, aber trotzdem sollte man heute die Chance ergreifen, die wenigen Ansätze weiter zu entwickeln und voran zu treiben.

Also, wie können wir denn jetzt mit der vor der Tür stehenden Krise umgehen? Natürlich ist mir bewußt, dass alle Vorschläge von einer Reduktion des Konsums ausgehen müs-

sen – und dafür Mehrheiten zu finden, dürfte auch in der heutigen Zeit immer noch schwer genug sein.

Doch einige Vorschläge sollen dazu dienen, dass die Menschen durch die Krise gut kommen. Hierzu ist als erstes eine Vergesellschaftung der Böden zu realisieren. Die darauf stehenden Häuser sind in kommunale Verwaltung zu stellen und die bisherigen Eigentümer zu entschädigen, in Form einer Bodenreform. Hier kann dann durch eine bewußte Regelung ein Übergang geschaffen werden, dass die Mieter in der Krise nicht auch noch von Wohnungsnot, wie zum Beispiel in den USA, bedroht werden.

Ein weiterer Schritt ist die Zerschlagung der Energiemonopole und die Dezentralisierung der Energieversorgung. Der nächste Schritt ist dann die Bürgerbahn, die die Mobilität der Bürger sichert und die Wirtschaft unabhängig von der Autoindustrie macht. Hier wären Zugbegleiter mit Fahrkartenservice ein erster Schritt, die Wiederbelebung der kleinen Bahnhöfe, der Erhalt der Netze usw. Investitionen, die das Kapital bräuchten, das jetzt zur Verteilung kommen soll. Die Lebensmittelversorgung ist ebenfalls zu dezentralisieren und kleinere Einheiten zu fördern, in der Produktion und im Handel. Hier kann es zu einer vorübergehenden Subvention kommen, statt die Gelder den Großproduzenten zu überlassen. Ganz laut zu reden wäre natürlich von einer biologischen Landwirtschaft.

Ein weiterer wichtiger Begleitschritt ist, die Verbraucherorganisationen im weitesten Sinne zu stützen und zu fördern, also eine Art Konsumgenossenschaft in regionaler Weise entstehen zu lassen. Das halte ich für nötig für den Fall einer Weltwirtschaftskrise, um die Menschen mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen.

Es muß ja nicht extra gesagt werden, dass das Finanzcasino zu schließen ist. Der Handel mit Geld ist zu verbieten, Aktienbesitz ist zu besteuern und letztlich sind die Produktionsmittel allmählich zu vergesellschaften.

Dabei darf vor allem nicht vergessen werden, dass nicht der Staat mit seiner Politikerklasse hier das Sagen haben darf, sondern betroffene Menschen mit einer entsprechenden Qualifikation und Motivation die Veränderungen zu gestalten haben.

Auch muss auf der Wirtschaftsseite die Organisation wieder kleiner und kommunaler werden, um regionale Kreisläufe zu stabilisieren. Hier ist an die kommunalen Aufgaben zu denken, Wasser und Abwasser, Müll, Stromversorgung und -netze, Kommunikation und Information, Konsumgenossenschaften.

Wie bereits immer wieder durchscheint, denke ich hier an die Organisationsform von Genossenschaften. Diese wären mit einem Gesetz zu ermöglichen und staatlich abzusichern. Das soll ebenfalls dazu dienen, dass nicht der Staat, (das sind aber irgendwo auch wir) nicht zum Herrscher der Wirtschaft werden soll (was wir ja schon kennen) und nicht funktionieren kann. Der Staat muss hier – und kann jetzt hier und heute – aktiv helfen die Strukturen zu verbessern, die eigenverantwortliches Handeln der betroffenen Menschen unterstützt und absichert, dass es nicht wieder zum Missbrauch kommen kann. Der Staat hat die Aufgabe geeignete Rahmenbedingung zu ermöglichen für ein Wirtschaften, das den Bedürfnissen der Menschen dient und nicht dem Raubbau der egoistischen auf Profit gerichteten Wirtschaft unterworfen ist.

Ich bin, wie die Leser ja wissen, ein Befürworter einer anderen Arbeitskultur, etwa in der Richtung wie es Fritjoff Bergmann propagiert. Nicht mehr unbedingt nur Lohnerwerbsarbeiten zum Lebensunterhalt, sondern Verstärkung der Eigenarbeit, also einer Form von Selbstversorgung und das

genarbeit, also einer Form von Selbstversorgung und das nicht nur im Lebensmittelsektor. Hier sind Formen und Experimente zu unterstützen, die neue Wege gehen, die die Menschen von der industrialisierten Welt unabhängiger machen und Zeit übrig bleiben läßt, um einer Selbstverwirklichung näher zu kommen. Weg vom denken als Konsument, hin zum denken als Mensch! Hier liegt eine Aufgabe für den Staat und die Wirtschaft bereit, Menschen zu unterstützen, damit Zufriedenheit entstehen kann, und nicht Milliarden-Kredite in eine untergehende Wirtschaftsweise zu stopfen. Dieses Plädoyer für eine vernünftige Richtung von Staatsinvestitionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise soll aber nicht davon ablenken, dass wir – jeder einzelne – bereits heute vielfältige Möglichkeiten haben, selber aktiv zu werden und für eine andere bessere Welt sich einzusetzen. Aber heute soll nicht der Staat immer außen vor bleiben – sondern aktiv gefordert werden, nicht denselben Fehlen zum wiederholten mal zu machen. Die Chance dürfen wir nicht verstreichen lassen. Und die Politiker werden ja auch nicht von selber draufkommen, wie zu sehen ist, sondern sie müssen ausdrücklich von uns dazu aufgefordert werden.

Dieter Koschek



Eindeutiges Unrecht

Ob zur Prävention oder Repression - das Folterverbot gilt absolut, umfassend und ist unteilbar. Zudem: Aus guten Gründen unterscheidet das Recht nicht zwischen böser und guter Folter. Denn wie das israelische Verfassungsgericht in einer bahnbrechenden Entscheidung dargelegt hat, geraten sonst sämtliche Werte ins Rutschen, und es gibt „kein Halten mehr“.

Martin Klingst in „Die Zeit“, 21.12.2005

GLS-Bank wächst

Die Bilanzsumme der 1974 gegründeten Genossenschaftsbank wuchs im vergangenen Jahr um 27,4 Prozent auf über eine Milliarde Euro. Auch in diesem Jahr rechnet der Vorstand mit einem Wachstum von rund 20 Prozent. Schon am Dienstag hatte auch die Nürnberger Umweltbank ähnlich positive Zahlen präsentiert. Verunsicherte AnlegerInnen setzen auf ethisch wirtschaftende Banken.

Thomas Jorberg meinte, seine Bank investiere ausschließlich in die Realwirtschaft. So flossen 51 Prozent der ausbezahlten Kredite in den Sozial- und Bildungsbereich, etwa in freie Schulen und Kindergärten oder Behinderteneinrichtungen. Mit weiteren 26 Prozent wurden ökologische Projekte unterstützt. Aus der Finanzkrise seien dem Institut deshalb keine Verluste entstanden. Außerdem stärke Transparenz das Vertrauen der Anleger: „Jeder Kredit, den wir vergeben, jede Anleihe, die wir am Kapitalmarkt aufnehmen, wird von uns im Internet veröffentlicht.“ Scharf kritisierte Jorberg die Reaktion der Bundesregierung auf die Finanzkrise. „Hoch problematisch“ sei die mit staatlichen Milliarden gestützte Vereinigung von Commerzbank und Dresdner Bank: „Letztlich auf Kosten aller Bürgerinnen und Bürger wird so eine fast schon gescheiterte Fusion finanziert.“ Nötig sei dagegen eine gesetzliche Beschränkung der Finanzindustrie auf ihre eigentliche Aufgabe - Finanzierung der Realwirtschaft. Geschäftsformen wie Hedgefonds oder die sogenannten Leerverkäufe von Aktien müssten „weltweit verboten“ werden, so der GLS-Vorstandschef. Dabei gehe es nur darum, mit Geld noch mehr Geld zu verspekulieren.

aus taz vom 6.2.09

Erst recht den Dialog suchen

Falls in England ein Terroranschlag in Vorbereitung ist, würde jeder zehnte dortige Muslim, wenn er davon weiß, nichts der Polizei melden. Solche beängstigende Mitteilungen tischt das Buch „Heiliger Krieg in Europa“ von Udo Ulfkotte auf (Frankfurt am Main 2007).

Auch die Zunahme des Islam wird bedrohlich geschildert. So waren im Jahre 2005 in Brüssel 57 Prozent der Neugeborenen aus muslimischen Zusammenhängen. Der häufigste männliche Vorname in der belgischen Hauptstadt lautete Mohammed, gefolgt von Usama.

Dabei wird dennoch sehr am Staat gehangen. So leben in Frankreich wie in England fast 40 Prozent der muslimischen Bevölkerung von öffentlichen Geldern. In Norwegen sind es mehr als 50 Prozent!

Als Papst Benedikt XVI. bei seinem Deutschlandbesuch im September 2006 eine Vorlesung in Regensburg hielt, wo er ein Zitat brachte von der gewaltsamen Verbreitung des islamischen Glaubens, erhob sich viel Protest dagegen.

Auf christlicher Seite war einiges im Vertreten der eigenen Religion auch recht militant gewesen. Nach der umstrittenen Rede von Benedikt XVI. kamen jedoch weitere Stimmen aus dem islamischen Bereich, welche die Bedeutung eines konstruktiven Dialoges hervorhoben - wie das schon von dem Vorgänger als Papst, Johannes Paul II. angestrebt war.

Sehr stark in eine Gewaltbefürwortung drängend ist die ägyptische Muslimbruderschaft. Dabei muss schon die Mitgliedschaft geheimgehalten werden. Es erfolgte in den Dreißigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts sogar finanzielle Hilfe durch die Nationalsozialisten, weil sich diese Bruderschaft auch für eine Judenvernichtung aussprach.

Weiterhin existieren durchaus erschreckende Pläne bei dieser Muslimbruderschaft. Für das Jahr 2020 heißt es, dann werde der Rest der Welt durch eineinhalb Milliarden Muslimen niedergeworfen sein. Derzeit beginnt die Zahl der Islamgläubigen jene von den Christen zu übertreffen.

A.K.

Universität Witten/Herdecke

Die Hochschulleitung einigte sich mit Landeswissenschaftsminister Pinkwart unter anderem darauf, die Verwaltungskosten zu senken und die Studiengebühren drastisch zu erhöhen. Zudem will die Hochschule alte Investoren zurück und neue dazugewinnen. Kurz vor Weihnachten hatte das Ministerium überraschend die Auszahlung der für 2008 zugesagten Landesmittel in Höhe von 4,5 Millionen Euro verweigert und außerdem 3 Millionen Euro für 2007 zurückgefordert. Damit drohte der Universität die Insolvenz. Als Begründung gab das Ministerium an, die Uni habe keine ordnungsgemäße Geschäftsführung nachweisen können. Außerdem fehle es an einem seriösen Wirtschaftsplan. Nun will das Land die Förderung wieder aufnehmen und für die kommenden beiden Jahre insgesamt 13,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die im Sommer vergangenen Jahres als Hauptsponsor ausgestiegene Düsseldorfer Unternehmensberatung Droege International ist ebenfalls wieder an Bord.

Zum Kreis der rettenden Investoren gehört neben einer Initiative ehemaliger Hochschulabsolventen auch die katholische Kirche. So wird die von der Diözese Rottenburg-Stuttgart getragene Unternehmensberatung Martinus Consult künftig der Hochschule finanziell helfen. Hintergrund ist die Kooperation mehrerer katholischer Krankenhäuser mit der Universität Witten/Herdecke.

taz vom 24.1.09



Das Unrecht schreit zum Himmel

„Was in Gaza passiert ist ein Massaker, kein Bombardement, es ist ein Kriegsverbrechen und wieder einmal spricht es keiner aus.“

P.Manauel Musallam, Pfarrer in Gaza, 28.Dezember 2008

Heute wurde ich mit dem Schreiben des vorliegenden Artikels fertig. Es ist der 27. Januar: Gedenktag der Opfer des Holocaust – Befreiung von Auschwitz. Der Gedenktag mahnt NIE WIEDER zu schweigen, wenn wir Unrecht ansichtig werden. Egal wo. Auch gegenüber Israel nicht und seinem unverhältnismässigen, kaltblütigen Vorgehen gegenüber dem palästinensischen Volk.

Mitte November letzten Jahres nahm ich in Comiso, Sizilien, an einer Konferenz von PAX CHRISTI teil. Mitglieder organisieren immer wieder Reisen nach Palästina/Israel, um sich ein Bild vor Ort zu machen und zu helfen. Sie stellten ein Buch zusammen, in welchem die ansässigen Menschen selbst zu Wort kommen: aus dem palästinensischen und dem israelischen Volk, Priester, Schwestern, internationale Volontär/innen. Das Buch hat mich tief berührt. Es heisst „Bocche scucite – voci dai territori occupati“ („Aufgetrennte Mäuler – Stimmen aus den besetzten Gebieten“) Für mich übermitteln diese Stimmen mehr als politische Diskussionen, ein Bild der Lage. Den nachfolgenden Text habe ich aus einem Kapitel des Buches übersetzt.

Renate Brutschin

Daniela

„Nur 10 Minuten von meinem Haus beginnt die Besetzung durch unsere Armee.“

„Nie wieder“: Jeder Israeli hat diesen Ausruf im Herzen. Auch ich habe immer das Drama der Shoah vor meinen Augen: Die ganze Familie meiner Mutter ist nach Auschwitz deportiert worden. Niemand ist geblieben. Ich führe einen imaginären Dialog mit dieser meiner Familie, die ich nie kennengelernt habe, der mir sagt: „Schau Dich um und siehst Du Menschen die leiden, kannst Du nicht gleichgültig bleiben. Du musst hinschauen und wenigstens das Leiden dieser Personen etwas verringern. Wir sind dem Tod entgegengegangen und unseres war ein anonymes Leiden. Niemand war uns nah. Es schien als sähe uns niemand.“ Für mich ist dies das Erbe der Shoah: Nicht gleichgültig zu bleiben gegenüber den Schmerzen anderer.

Viele meiner Freunde haben sich von mir distanziert. Wir haben die gleichen Werte gelernt und den gleichen Glauben ausgeübt, aber ich bin nun allein. In der Bibel (Es 23,4) wird gesagt, dass Du nicht nur wenn Dein Feind zusammenbricht, sondern sogar wenn der Esel des Feindes zusammenbricht, dass Du ihm helfen musst! Auch dem Esel! Du kannst nicht sagen: „Ich hab' nichts gesehen, ich geh' meine Straße weiter.“ Du musst etwas tun.

Die Palästinenser sind das Volk, mit welchem wir zusammenleben müssen. Und wie können wir die Grausamkeiten, die wir gegen eine Zivilbevölkerung begehen, rechtfertigen: An Frauen, Alten, Kindern? Vielleicht mit der „Sicherheit“? Das ist das, was ich nicht aushalten kann.

Stattdessen wollen viele israelische Juden, die morgens ihren Kaffee trinken und die Zeitung lesen, nichts davon wissen, was zehn Minuten von ihrem Haus aus passiert. Vor einigen Tagen habe ich mit einer lieben Freundin gesprochen und sie eingeladen, mit mir in die besetzten Gebiete zu kommen, zusammen mit den anderen israelischen Frauen von Machsom Watch; ich helfe den Palästinensern am Checkpoint durchzukommen, indem ich mich zwischen sie und die Soldaten stelle, die meine Söhne sein könnten.

„Komm und schau selbst, ob das, was wir ihnen antun, zu rechtfertigen ist“, habe ich zu ihr gesagt. Sie hat mir mit „nein“ geantwortet, die Politik wäre eine zu komplizierte Sa-

che...aber dann sagte sie mir den wahren Grund: „Ich will in Ruhe leben, ich will mir nicht das Leben ruinieren. Dort hinzugehen würde mich zu sehr deprimieren...“ Sie hat das ausgesprochen, was viele Leute empfinden. Auch ich will in Frieden leben. Aber zuhause zu bleiben und die Augen zu verschliessen...das ist nicht Leben! Es ist genau das, was den Tyrannen erlaubt Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Wenn die Leute schweigen, können sie ungestört weitermachen.

Seit fünf Jahren gehe ich zum Checkpoint und ich kann alles bezeugen, was die Armee den Palästinensern antut: die Schikanen und die Gewalttätigkeiten, die Demütigungen und die wiederholten Übertretungen der elementarsten Menschenrechte. Ich denke schon, dass Israel eine starke Armee braucht, um sich zu verteidigen. Aber wenn die Armee in vierzig Jahren Besetzung nicht die Verteidigung sondern die Unterdrückung einer ganzen Zivilbevölkerung betreibt, ist es dies, was die eigene Sicherheit geschwächt hat. Wer diese Politik verteidigt, ist kein Freund Israels. Die Wahrheit muss gesagt werden. Es ist hart, aber es ist zu unserem Besten.

Und dann eine weitere grosse Gewalttätigkeit, die Israel begeht, sind die Siedlungen: es wird Land geraubt, das uns nicht gehört und wird an die Kolonien gegeben, und dann werden sie militärisch auf Kosten der Palästinenser verteidigt, die dort geboren sind und dort nur leben wollen. Die Siedlungen zu verteidigen, bedeutet nicht, die Sicherheit Israels zu verteidigen. Dies ist die Entartung der Armee. Und die Entartung unserer Gesellschaft und der Politiker, die uns heute regieren. Wer Israel liebt, muss ihm helfen zu einem Einverständnis mit den Palästinensern zu kommen. Es wird immer jene geben, die die Vernichtung Israels wollen. Und wir müssen sie isolieren. Aber mit der Unterdrückung und der Besetzung schaffen wir immer mehr Extremisten. Wenn die Leute die Hoffnung verlieren, wenn sie sehen, dass es gar keine Möglichkeit gibt, ein normales Leben zu führen; wenn man die Krankenhäuser und die Schulen nicht erreichen kann; wenn es keine Arbeit gibt, kein Brot, nichts, was macht man da?

Wir, zusammen mit den Palästinensern, könnten in diesem Land wie in einem Paradies leben.

Unser Problem besteht darin, dass wir wissen sollten, was um uns herum passiert. Gott hat, wie an Adam, uns jedem die Verantwortung gegeben zwischen Gutem und Bösem zu wählen. Wenn ich am Checkpoint bin, sehe ich mit meinen eigenen Augen. Und die Palästinenser sind mir dankbar. Dann schreibe und veröffentliche ich mit Machsom Watch die Berichte über die Ungerechtigkeiten, bei denen ich Zeugin geworden bin; so werden die Leute nicht mehr sagen können: „Davon wusste ich nichts“. Die nächsten Generationen müssen es wissen. Und auch die Palästinenser müssen wissen, dass es viele Israelis gibt, die den Frieden wollen; die gegen die Besetzung sind. Wir sind wie ein kleines Fenster. Es ist unsere Pflicht dort zu sein.

Was machen wir am Checkpoint? Wir sind und bleiben vor Ort. Am Checkpoint ändern sich die Regeln in einem fort und die Zeiten sind nie absehbar. Es ist undenkbar für die Leute jeden Tag so zu leben.

Vor einiger Zeit wurde eine Palästinenserin, nach Jahren medizinischer Behandlung gegen die Unfruchtbarkeit, schwanger. Sie erwartete Zwillinge. Als sich dann die Geburt ankündigte, kam sie zum Checkpoint, um ins Krankenhaus zu gehen. Aber sie liessen sie nicht durch. An jenem Tag brachte sie am Boden, vor den Soldaten und den Leuten, ein Kind zur Welt. Die Angehörigen machten darauf aufmerksam, dass noch ein zweites im Schoss wäre. Aber sie liessen sie trotzdem nicht durch. Sie gebar auch das zweite Kind. Beide Kinder starben. Auf dem Boden. So. Erst dann

hielten es die Militärs für opportun, die Frau, in sehr ernstem Zustand, ins Krankenhaus zu transportieren. Ihr müsst wissen, dass genau in denselben Tagen meine Schwiegertochter Zwillinge, zwei Jungen, auf die Welt brachte. Sie ist ungehindert ins Krankenhaus von Beer Sheva gekommen. Und Gott sei dank ist alles gut verlaufen. Die Kinder sind jetzt zehn Jahre alt. Noch heute kommt mir immer wieder dieser Gedanke in den Sinn: Ich muss an diese Mutter denken und an die Großmutter der beiden Zwillinge, die nicht diese Freude wie ich und meine Schwiegertochter empfinden können. Und ich denke: vielleicht, wenn ich zu jenem Zeitpunkt am Checkpoint gewesen wäre, wer weiß, sie würden jetzt noch leben. Es ist falsch, so zu denken, ich weiß. Aber es ist so. Dieses Ereignis hat tiefe Spuren in mir hinterlassen und ich werde es nie vergessen.

Und damals war es, dass mir meine nie gekannte Familie gesagt hat, die Augen zu öffnen und nicht gleichgültig zu sein und meine heutige Familie, meine Enkel, die ich liebe, erinnern mich an die Geschichte dieser verfehlten Mutter. Deswegen habe ich mich entschieden bei Machsom Watch mitzumachen.

Als sich vor fünf Jahren diese Gruppe gegründet hat, war es für mich nur natürlich, mitzumachen. Wir sind nicht dort, um die Situation zu mildern: wir sind dort, um zu protestieren und um zu sagen, dass wir gegen die Besatzung sind. Und der Checkpoint ist das Symbol dafür. Aber vor allem sind dort die Menschen, ihre Geschichten und unsere. Auch die der Soldaten natürlich. Und wer sind die Soldaten? Sie sind Israelis wie ich. Und das ist eine Schande. Es ist vor allem dies der Hauptgrund, dass ich denke, als Israelin muss ich protestieren.

Wir gehen mit Daniela in der Umgebung von Abu Dis herum, in der Nähe von Ostjerusalem. „Es ist mein Handlungsraum“, sagt sie uns voller Stolz, „ich kenne ihn Schritt für Schritt. Ich weiß mich zu bewegen, kenne jeden Stein; ich erkenne jede Veränderung, da ich schon seit langem hierher komme.“...

Rauf und runter, zwischen Ampeln, Beton und Trostlosigkeit, um der Mauer nachzugehen, die um verrammelte Läden herumführt und die, grau und riesig, über den noch offenen droht. Hier war die Tankstelle, hier der Felafelverkäufer und der Lebensmittelhändler...

Wir folgen ihr unsicher und traurig, während sie laut aufatmet ohne jemals anzuhalten. Es gibt keine Farben, kein Leben an diesem Ort. Die Erde hart, überkrustet von ärmlichen Häusern ohne Verputz. Auch die Natur hat ihr Dasein der Mauer und der Trostlosigkeit überlassen: keine Bäume, keine Blumen, kein Gras. Nur löchrige Straßen, dreckig und stinkig. „Denkt nur nicht, dass die Palästinenser unfähig seien, mit den Dingen gut umzugehen“, murmelt Daniela, „sie haben keine Erlaubnis andere Straßen zu bauen, und nicht mal um die alten wieder herzurichten.“

Es ist ein Gottesgeschenk hier in Jerusalem geboren zu werden, aber um zu leben braucht es eine Genehmigung Israels. Es gibt wohl kein anderer Ort auf der Welt, wo ein ähnliches System der totalen Kontrolle über die Bevölkerung so ausgedacht und realisiert wird, darauf ausgerichtet, ihr das alltägliche Leben unmöglich zu machen und aufgebaut auf einer unendlichen Kette von Genehmigungen. Von den kleineren und scheinbar erträglichen Bewegungsbeschränkungen, bis zum Bau der Häuser; vom „Erneuern“ der verschiedenen Papiere, bis zur Erlaubnis, die Möglichkeit zu haben, dein eigenes Land zum Arbeiten zu erreichen. Alles muss von der Armee bewilligt sein. Vor vielen Jahrhunderten hat eine andere Besatzungsmacht, hier auf dem gleichen Boden, Josef und seine Braut Maria daran erinnert, immer den Befehlen des Kaisers zu unterstehen. Damals wie heute „war kein Platz für sie“.

Hier hat sogar der Himmel die Farbe der Mauer, die mit ihren plötzlichen, ärgerlichen Kurven einen dazu veranlasst nach oben zu schauen, um das Ende zu suchen. Wo das Grau der Mauer, das einen beklemmt, aufhört, beginnt dies des Himmels, das einen Gott anrufen lässt, er möge sein

Heiliges Land befreien.

Auch die Steine sind grau, die im Tunnel aufgeschichtet sind, der zum Dorf Jaba geführt hatte. Der Finger von Daniela deutet auf den Berg von Bauschutt, welchen die Soldaten auf Befehl vor drei Jahren mit dem Bagger anfahren mussten. Wenn die Auswirkungen solcher Verbrechen nicht allen sichtbar sein würden, wäre es schwerlich zu glauben, dass so ein Befehl wirklich von einem Offizier ausging: „Schliesst und verbarrikadiert den Zugang zum Dorf Jaba.“

Seitdem müssen die Bewohner, resigniert von den unzähligen Verrücktheiten derjenigen – wie der Patriarch Michel Sabbah sagt – „die nicht mehr wissen, was sie noch erfinden könnten, um das Leben der Palästinenser unmöglich zu machen“, einen Riesenumweg machen, wenn sie zum Dorf rein und raus wollen. Es ist ihre Heimat, ihre Straße. Warum, Daniela? Gab es einen Grund? Sie presst die Lippen zusammen und schüttelt still den Kopf. Sie sucht keine Antworten. Sie senkt nur den Kopf, fast so als ob sie uns, die wir ihr zuhören, anflehen möchte, sie nicht errösend und wütend zu machen, schon beschämt genug, einem Land anzugehören, das ein ganzes Volk verfolgt und demütigt.

Ihre Körperhaltung drückt in allem die ganze Absurdität der Besatzung eines Landes aus, welches sie liebt, diesseits und jenseits dieser scheußlichen, unmenschlichen, höhnischen Mauer. Ein kleiner Junge unterbricht hastig die Starre der Farben und der Klänge: er klettert flink den Steinhaufen hoch und kriechend verschwindet er gegen das Phantomdorf. Heimgehen unter einer Besatzung. Der Finger weist unermüdlich auf die Zeichen einer Arroganz, die sich immer offensichtlicher und ungestrafter gebärdet. Ein Haus aus weißem Stein am Ende einer abwärtsführenden, schlammigen Straße. Ein vollgestellter Hof, umgeben von einem Eisengitter. Von hier ab zählen wir zehn Schritte. Weiter geht es nicht: da ist sie, die Mauer der Apartheid, der Demütigung und der totalen Dummheit. Weiter kommst Du nicht. Acht Meter Beton blockieren die Sonne, das Licht, die Schritte von abu Mohammed. Und umrunden sein Haus, es buchstäblich erstickend. Die Mauer ist nicht an der Seite, sie läuft um das Haus herum. Und sie keilt alles ein, Haus, Hof, Mohammed und seinen Vater, dem es, rufend und sich weit aus dem oberen Fenster beugend, nicht mal von dort aus gelingt, das Haus seines Sohnes zu sehen, welches nun auf der anderen Seite ist. Zwei Häuser, eine einzige Familie, durch die Mauer getrennt. Eingekastelt im eigenen Land Palästina. ...

Nur zwei Schritte und keine zehn vom Zaun weg, bezeichnet ein blauer Lackstrich, wo ursprünglich der Bau dieser ungesetzlichen Mauer geplant war.

„Hatten sie Mitleid, abu Mohammed?“

„Nein, sie hätten riskiert ins Abwasser des Hauses zu fallen während der Bauarbeiten.“ Die langsamen Bewegungen des Kopfes unterstreichen die resignierten Worte des einfachen Mannes. Ja, es ist so. Es ist so. Die Hand zeigt auf die Verstümmelung seines Landes. Und auf sein Leben. Daniela stimmt leise zu. Über ihre blauen Augen zieht der lange Schatten des Monstrums. Aber nur für einen Augenblick. „Ihr, die ihr körperlich hier seid, die ihr hört und seht, haltet Eure Augen und Ohren gut auf“, sagt sie uns sanft, „und habt, wenn Ihr zurück seid in Italien, keine Angst davor Euren Finger zur Anklage auszustrecken“.

Machsom Watch: www.machsomwatch.org
übersetzt aus „Bocche scucite – voci dai territori occupati“,
Nandino Capovilla & Betta Tusset
Verlag Paoline ISBN 978-88-315-3251-8

chiuso fuori
(ausgeschlossen)

Politisch-militärische Einmischung

Ab 1998 begann Daniele Ganser, das Thema für eine Doktorarbeit in Geschichte zu suchen. Sie handelte dann über Geheimarmeen des Nordatlantikpakt in Europa. Im September 2001 schloss er seine Forschungen und Prüfungen in Basel erfolgreich ab, gerade als dann die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika stattfanden. Seine Dissertation konnte zuerst auf Englisch in London und Washington erscheinen. Der britische „Observer“ schrieb vom bestgehüteten und schändlichsten politisch-militärischen Geheimnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Inzwischen unterrichtet Daniele Ganser am Historischen Seminar der Universität Basel.

Sein Buch konnte nun auch durch Unterstützung verschiedener Freunde (Gerold Aregger und ein weiterer Menschenkreis) in deutscher Übersetzung herauskommen: „NATO-Geheimarmeen in Europa - Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung“ (Zürich 2008).

Gründlich und sehr faktenreich wird aufgedeckt, was dann an versteckten militärischen Operationen in verschiedenen westlich-europäischen Ländern im Gange war und teilweise noch ist. Seltsamerweise hatte gerade der selber sehr verstrickte italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti wegen juristischen Untersuchungen von mysteriösen terroristischen Aktionen im Jahre 1990 bestätigen müssen, daß in Italien und in anderen Staaten Europas eine geheime Armee existierte. Dadurch war die Souveränität des eigenen Landes eingeschränkt.

Die Parallelarmee hatte den Decknamen „Gladio“ („Das Schwert“), war von den Vereinigten Staaten von Amerika finanziert und sollte vor allem den Kommunismus bekämpfen. Gleichzeitig hatte es von den Amerikanern auch eine Unterstützung jener Machtgruppe gegeben, die zugleich gewisse Freimaurerbezüge hatte und eine Art von Parallelregierung darstellte (unter der Kürzel P2). Es kam heraus, dass Italien im Jahre 1970 am Rande eines rechtsgerichteten Staatsstreiches stand.

Auch in Deutschland traten sehr unangenehme Enthüllungen auf. Zum dortigen Gladio-Netzwerk gehörten Personen, die ehemals Angehörige der nationalsozialistischen „Schutzstaffeln“ (SS) gewesen waren. Der amerikanische Geheimdienst (CIA) hatte sogar mit Klaus Barbie zusammengearbeitet, der neben der SS auch Offizier bei der Gestapo (Geheime Staatspolizei) war, bekannt als „Schlächter von Lyon“, wo tausende Widerstandskämpfer und Juden getötet wurden. Es war mit Klaus Barbie zusammen in den 1950er Jahren ein Netzwerk in Deutschland aufgebaut worden, dem vor allem rechtsextreme Neonazis angehörten. Die Amerikaner hatten solche Leute heimlich ausgebildet und ausgerüstet, welche im Ernstfall angesehene deutsche Bürger töten sollten. Diesbezügliche „Killerlisten“ existierten. Erstmals gelangte im Oktober 1952 in Deutschland etwas an die Öffentlichkeit über die Existenz solch geheimer Armeeverbindungen. Derartige illegale inländische Aktivitäten sind immer noch nicht beendet.

A.K

Wind-Energie im Aufwind

Die Windkraft hat im vergangenen Jahr weltweit rasant zugenommen. Die Kapazitäten zur Stromgewinnung aus Wind vergrößerten sich von rund 94.000 Megawatt im Jahr 2007 auf rund 121.000 Megawatt - ein Plus von fast 30 Prozent. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Studie des internationalen Global Wind Energy Council hervor. Am stärksten baute China die Windkraft aus, wo sich die Kapazitäten verdoppelten. Auch in den USA gab es mit 50 Prozent ein starkes Wachstum. Mit nun rund 25.000 Megawatt lösten die USA damit Deutschland als weltgrößtes Windkraft-Land ab. Hierzulande liegen die Kapazitäten bei knapp 24.000 Megawatt.

taz 4.2.09

Überwachung versagte

Bei einem Modellversuch mit aufgestellter Videokamera, verbunden mit Einscannen der gefertigten Fotobilder zur Wiedererkennung, an einer Rolltreppe des Mainzer Hauptbahnhofes, wo im Pendlerverkehr morgens und abends im Winter 2006/2007 Aufnahmen beliebiger Passanten gemacht und ausgewertet wurden vom Bundeskriminalamt, zeigte sich, dass solche Techniken ungeeignet sind zum Aufspüren. Schon die schlechten Lichtverhältnisse der Dämmerstunden ließen die betreffenden Gesichter undeutlich werden auf dem Foto, oder die Menschen hatten das Gesicht bei der Aufnahme gerade zur Seite gedreht. So war die Fehlerquote 40 Prozent. Auch sind täglich immerhin 23 Personen irrtümlich als verdächtig eingestuft worden, wie die nachträgliche Auswertung der Daten ergab. Zudem standen hohe Kosten, die die Bilder und ihre Auswertung verursachten, in keinem Verhältnis zum mageren Ergebnis. Zwar wird nun auf noch bessere Technik gehofft, jedoch ist anzunehmen, dass es besser auf andere Weise zur Beachtung möglicher sich betätigender Terroristen kommen kann, etwa wenn Behörden besser angeleitet sind, Wachsamkeit auszuüben, oder auch die Polizei weniger technikbelastete Methoden der Aufsicht an Bahnhöfen oder ähnlichen Gefahrenzonen anwendet, wie dies schon immer praktiziert wurde speziell bei Bombenalarm und ähnlichem, jetzt aber vielleicht auch durch regelmäßiger Stippvisiten geschulterten Personals.

Michael Hufschmidt



Betreff: Ihre Kuendigung, Herr Mehdorn!

Sehr geehrter Herr Mehdorn,
hiermit kündigen wir Bürgerinnen und Bürger Ihren Arbeitsvertrag als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG mit sofortiger Wirkung.

Gründe:

- Sie haben zu verantworten, dass die Revisionsabteilung der Bahn heimlich und ohne konkreten Verdacht bis zu 188.602 Mitarbeiter/innen angeblich zum Zwecke der Korruptionsbekämpfung über Jahre ausgespäht hat.
- Sie haben die Bahn zum internationalen Logistikunternehmen ausgebaut, anstatt für zuverlässige, günstige und häufige Zugverbindungen zu sorgen. In Ihrer Amtszeit wurden 3.600 Kilometer Schiene abgebaut, sämtliche InterRegio-Verbindungen eingestellt und 400 Bahnhöfe geschlossen.
- Sie werben weiter für einen Börsengang der Bahn, auch wenn dieser auf Grund der Finanzkrise ausgesetzt wurde. Sie wollen öffentliches Eigentum zu einem Spottpreis verschern und die Bahn den Profitinteressen von Kapitalinvestoren unterwerfen.

Für Ihren weiteren beruflichen Werdegang wünschen wir Ihnen dennoch viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen Dieter Koschek

PS.: Bahnchef Mehdorn gilt als dickfellig. Seit seinem Amtsantritt am 16.12.1999 durchziehen Skandale, Unsensibilitäten und Fehlentscheidungen seine Arbeit bei der Deutschen Bahn AG. Die jetzt bekannt gewordenen verdachtsunabhängigen Spionageaktionen im Geheimdienststil gegen Bahnmitarbeiter sind der Gipfel. Campact hat deshalb die Aktion: „Es reicht, Herr Mehdorn – Treten Sie zurück!“ gestartet.

www.campact.de

Das Kontrast-Programm zur Krise

Bei der Analyse der Krise herrscht eine Uneinlichkeit und eine Unbestimmtheit angesichts der globalen Entwicklung des Kapitalismus. Bei vielen von uns herrscht noch die begriffliche Unsicherheit nach 1989 nach. Von einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel durfte ja viele Jahre nicht geredet werden – ohne als Ewig-Gestriger verurteilt zu werden. Da nutzte auch der Versuch einer Differenzierung nicht. Das hat sich heute Gott-sei-Dank wieder geändert und die Marxsche Analyse kehrt zurück. Allerdings sollten auch andere gelesen werden. Ich bevorzuge Peter Schilinskis „Soziale Dreigliederung – eine Einführung“

Ein aktuelles Streitfeld um den richtigen Weg ist die Ökonomie, die heute sich in der Gestalt des neoliberalen Kapitalismus global als Feind präsentiert. Alternativen dazu dokumentiert diese Zeitschrift immer wieder genügend.

Diese Initiativen spiegeln weltweit das Bemühen um eine neue Wirtschaftsform, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigt und dabei nicht die Schäden und Ungerechtigkeiten anrichtet, wie der neoliberale Kapitalismus im Besonderen. Vorbei sind die Zeiten, wo Überlegungen besonders in Deutschland über eine andere Wirtschaftsweise als die soziale Marktwirtschaft verboten sind. Hier hat die weltweite Bewegung gegen den „freien“ Welthandel, die sogenannte Globalisierung geholfen. Beispiele aus der ausgebeuteten „Dritten“ Welt haben die Kritik wieder geschärft und die Frage nach Alternativen wieder aufgeworfen. Zwei grundlegende Dinge müssen sich grundlegend hier ändern:

1. Die Zielrichtung des Wirtschaftens darf nicht mehr die persönliche Bereicherung sein, sondern muss eine dienende einnehmen, nämlich die Bedürfnisse der Menschen und Gesellschaften zu befriedigen.

2. Muss die Wirtschaft auf den natürlichen Grundlagen des Lebens, der Natur und der Menschheit überhaupt gestellt werden.

Das grenzt die Aktivitäten der heutigen Wirtschaft schon wesentlich ein. Nämlich das Produzieren auf bloßen Überfluss hin und der Raubbau der natürlichen Ressourcen. Wenn diese Grundlagen geschaffen wären, würden sich die Formen des Wirtschaftens wesentlich ändern.

Nun kann man dies nicht einfach proklamieren und alles wird gut. Auch hier müssen viele kleine Schritte entwickelt werden und wie das heute üblich ist, auch angefangen werden, sie umzusetzen. Das passiert weltweit, und die vielen Projekte derart wurden in dieser Zeitung ja schon ausführlich dargestellt.

Zusammenfassend möchte ich deshalb weitere Grundlegungen, die meiner Meinung nach notwendig sind, um zu einer alternativen, solidarischen Wirtschaftsweise zu kommen, hier skizzieren.

Ökologische Grundlagen: Die Ökologiebewegung muss sich weiter entwickeln und versuchen gesetzgeberisch die ungehemmte Raffsucht der Wirtschaft einzudämmen, indem Ökologie zum Grundmuster des Wirtschaftens wird. (Hier kann z.B. die grüne Partei durchaus nützliches leisten.)

Bedürfnisorientiertes Produzieren: Damit die Unternehmerschaft auch weiß, was sie zu tun, zu produzieren hat, muss die wahnsinnige Werbewirtschaft zu einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft umgebaut werden. Als erstes müssen die Verbraucherorganisationen und –initiativen gestärkt werden, als die eigentlichen Auftraggeber der Produktion. Dazu muss eine neue Form einer Instanz gefunden werden, die die Produktion kontrolliert.

Abschaffung des Lohnverhältnisses: Das moderne Lohnsystem bleibt ein Sklavenhaltersystem. Damit sind nicht nur die modernen Formen der Sklavenarbeit gemeint, sondern durchaus auch unser europäisches Modell, in dem der Mensch ein Kostenfaktor ist. Hier muss der Arbeiter (die Arbeit) zum gleichberechtigten Faktor neben Kapital, Produktionsmittel und Boden werden, etwa in die Richtung, dass

das Betriebsergebnis gerecht geteilt wird. Die monatliche Ausschüttung muss ein Teil des Betriebsergebnisses sein. Aus dieser Veränderung ergibt sich ein neues Betriebssystem mit sozialen Gesellschaftsformen.

Zugriffsrechte der Gesellschaft: Dass der Staat nicht wirtschaften darf, ist nach den Erfahrungen des Staatssozialismus allgemein anerkannt, doch er muss die Einhaltung der oben genannten Grundsätze überwachen. Nicht Strafen à la Gebühren sind die Sanktionen, sondern der Entzug der Verfügung über die Produktionsmittel. Es muss also das Eigentumsrecht hier verändert werden, und zwar in der Richtung, dass Unternehmer weiterhin über das Kapital etc. verfügen und handeln können, aber nicht in luftleerem Raum, sondern unter der gesellschaftlichen Androhung des Verlustes dieser Verfügungsrechte bei Missachtung der „staatlichen“ Vorgaben.

Der Weg: Für mich sind Parteienprojekte mittelfristig alle gescheitert und zwar schon vor der Linkspartei, nämlich durch die Entwicklung der Grünen zur Regierungspartei. Auf diesem Weg waren alle Argumente gegen eine Parteigründung Wirklichkeit geworden:

Eine Bewegung für eine linke Gesellschaftsveränderung über den Machtweg scheiterte im wesentlichen an den bekannten Reaktionen der Herrschenden: Kriminalisierung, Unglaubwürdigmachung, Einkauf, Einbinden.

Aber auch intern mit solchen Dingen wie Karriereziele, Soziale Absicherung, Postenhascherei, Funktionärsdasein und anderem.

Damit waren die Potentiale der Grünen bald verbraucht. Trotzdem sollte auch hier genau hingeguckt werden. Die Veränderung auf einer Ebene der Parteien und Parlamente hat nicht geklappt, es wurden aber Teilerfolge erzielt und die Sensibilisierung der Bevölkerung über viele Debatten erhöht. Das kann auch eine Linkspartei erreichen, aber nicht mehr, denn selbst eine „linke“ Partei braucht den Antrieb durch die Menschen.

Hier sind nach wie vor nur die „Neuen sozialen Bewegungen“, deren Teilbereiche, deren Initiativen, Projekte und Menschen wichtig. Diese „Bewegung“ (uneinheitlich, vielfältig und sehr offen strukturiert) ist und bleibt der einzige Motor einer gesellschaftlichen Veränderung. Dabei ist es aber wesentlich, das sie nicht auf die Idee verfällt, den Weg einer neuen Partei in den alten Wegen zu gehen.

Die „Neuen sozialen Bewegungen“ können nur dann ein gesellschaftlicher Antrieb bleiben, wenn sie nicht vorhaben, an der Macht im herkömmlichen Sinne sich zu beteiligen, vielmehr geht es hier um die Hegemonie der Ideen und Wege in den Köpfen der Menschen. Natürlich auch um konkrete Beispiele und Veränderung auf der konkreten Ebene, aber im Wesentlichen um die Übermacht im Denken. Meiner Meinung nach sind hier Erfolge sichtbar. So wurde die Hegemonie des Neoliberalismus gebrochen, eine weltweite Aufklärung ist im Gange und der Widerstand gegen den Neoliberalismus wächst.

Die Gegenbewegung findet unter anderem ihren Ausdruck in den Sozialforen lokal, regional, national, kontinental und weltweit. Die Diskussionen über eine Beteiligung von Regierungen und Parteien in Venezuela sind ein Beispiel für den Erfolg der Bewegung, stellen aber auch den Stolperstein dar, wenn hier Basisbewegungen in linke Machtpolitik eingefangen werden sollen.

Also festzuhalten ist: „Neue soziale Bewegung“ ohne den Anspruch auf Machtbeteiligung im herkömmlichen Sinne sind der einzige Weg.

Hierbei kommt es nicht so sehr darauf an, eine Mehrheit im parlamentarischen Sinne zu erhalten, sondern die geistige Hoheit über die Köpfe der Menschen (also in Debatten, Zeitungen und anderen Medien) zu erlangen. Es ist also eine geistige Bewegung. Oder wie es viele Ansätze (z.B. auch in attac) verstehen, Bildungs- oder Aufklärungsarbeit. Diese

soll dazu dienen, den Resonanzboden für Ideen und Veränderungen zu beleben und zu erhalten.

Dummerweise gibt es hier nicht den richtigen Weg, sondern nur Auseinandersetzung, Ideen, Gedanken, Diskussionen und Debatten. Diese lassen sich nur schwer einschränken oder bestimmen, sondern sie leben von der Beteiligung der Menschen. Und hier ist Freiheit das geistige Prinzip. Deshalb ist es auch so schwer, denn die Zahl der Ideen und Gedanken ist unendlich. Die Schlussfolgerungen der bestehenden Verhältnisse führen zu vielfältigen Ansätzen der Veränderung. Hier kann nur die Idee des Rhizom, des Netzwerkes, unter Anerkennung der Ideen der Anderen Bestand haben. Das bedeutet auch, dass man die rechtsradikalen Ideen nicht verbieten kann, sondern sich nur mit ihnen auseinander setzen kann.

Wenn diese Rechtsradikalen oder neoliberalen Ideen sich allerdings im Handeln manifestieren, müssen die „Neuen sozialen Bewegungen“ auch handeln, also, wenn man so will, Widerstandsbewegung sein. Denn auf der gesellschaftlichen Ebene gilt es Erreichtes zu erhalten. Die gleichen Rechte für alle Menschen sind ein hohes Gut, das es weiter zu entwickeln gilt und die auf jeden Fall aufrecht zu erhalten sind. Die Entwicklung einer gesellschaftlichen Ordnung ist ein weiterer wichtiger Bestandteil einer „Neuen sozialen Bewegung“. Hier kann es nicht nur darum gehen, den Staat zu erhalten um ein Gegengewicht gegen den Neoliberalismus zu bewahren, sondern dieser Staat muss sich weiter vergesellschaften, um nicht zu sagen die Machtebene muss von Berlin (Frankfurt, Washington, Konzernvorstandsetagen,...) in kleinere Gemeinschaften heruntergeholt werden.

Also festzuhalten ist: Der Staat garantiert zur Zeit die (ziemlich wackelige) Gleichheit der Rechte und dies ist ohne soziale Bewegungen nicht mal sicher. (Auch ich verstehe den Staat als Herrschaftssystem.) Gleichfalls müssen die Initiativen dieses gesellschaftliche Gebäude (oder System, wie Martin Reuter zu sagen pflegt) verkleinern und einebnen, so das die Gleichheit weiter zur Geltung kommt.

Wollen wir festhalten: Freiheit im Geistigen und Gleichheit vor dem Recht sind unverzichtbare Güter einer Gesellschaft. Ein solidarisches Wirtschaften soll uns die Erde erhalten.

Dieter Koschek

Grundeinkommen online

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen [...], das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.“ So steht es in einer Onlinepetition, die über 52 000 Menschen unterzeichnet haben - weit mehr als bei allen bisherigen Petitionen, die online unterstützt werden können. ...

Die erste öffentliche Bundestagspetition für ein Grundeinkommen fordert 1.500 Euro für jeden erwachsenen Bürger, Kinder sollen 1.000 Euro pro Monat erhalten. Finanziert werden soll das durch eine Konsumsteuer; alle anderen Steuern, Transferleistungen und Subventionen sollen dafür wegfallen. Ziel der Petition sei es, „allen Bürgern ein würdevolles Leben zu gewährleisten“.

Eingebracht hat den Vorschlag Susanne Wiest, eine Kindergärtnerin aus Greifswald. „Das war Zufall“, sagt sie heute. Sie sei auf der Petitionsseite des Bundestags gelandet und habe sich „spontan“ zu der Eingabe entschlossen. „Die Arbeitslosigkeit kann systembedingt jeden treffen“, sagt Wiest. Ein bedingungsloses Grundeinkommen in ausreichender Höhe könne dafür sorgen, „dass die Angst aufhört vor der Arbeitslosigkeit“.

Von dem Erfolg ihrer Petition ist Wiest selbst überrascht. „Hätte ich nicht gedacht“, sagt sie, dass so viele Menschen unterschreiben.

Dabei ist ihr Vorschlag selbst unter Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens umstritten. Werner Rätz von Attac kritisiert, die Finanzierung durch eine Konsumsteuer sei „problematisch und in der Bewegung höchst umstritten“. Sie habe den Nachteil, dass Vermögensunterschiede nicht beseitigt würden. Zudem sei eine Bundestagspetition zu diesem Zeitpunkt das „falsche Mittel, um den Gedanken des bedingungslosen Grundeinkommens zu befördern“: Realistisch sei momentan nämlich lediglich ein „Grundeinkommen, das die herrschenden Verhältnisse widerspiegelt“ - also ein niedriges. Zusammen mit einem fragwürdigen Finanzierungsmodell würden bestehende Ungleichheiten dadurch nicht gemildert, sondern sogar verschärft.

aus taz vom 7.2.2009



Gegen Agrarexport und Fleischkonsum

Das alternative Agrarbündnis fordert von den europäischen Bauern, weniger Produkte zu exportieren. Die subventionierte Ware aus der Europäischen Union verhindere den Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Entwicklungsstaaten, kritisierte der Zusammenschluss von rund 20 Umwelt-, Entwicklungs- und Tierschutzorganisationen bei der Vorlage des Kritischen Agrarberichts 2009.

„Durch unsere Exporte tragen wir zentral dazu bei, dass der Welthunger nicht kleiner, sondern größer wird“, sagte Hubert Weiger, Chef des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) vor der Agrarmesse Grüne Woche in Berlin. Seine Argumentation: Dumpingpreise für Einfuhren aus dem Norden treiben Bauern im Süden in die Pleite. Wenn dann Nahrungsmittel auf den Weltmärkten wieder teurer werden, können viele Menschen in den Entwicklungsländern ihr Essen nicht mehr bezahlen.

Interessantes hat der alternative Agrarbericht ab Seite 45 zu bieten: Dort wird ein bislang unveröffentlichter „Bericht über den aktiven Klimaschutz der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ zitiert. Den hatte die Agrarministerkonferenz von

Bund und Ländern Ende September in Meißen beschlossen - aber anschließend nicht veröffentlicht. Denn dieser Bericht ist politisch brisant: Nicht die Landwirte sollen demnach zum Klimaschutz beitragen, sondern die Verbraucher.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium lehnt darin weitgehende Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ab. „Aktionismus“ müsse vermieden werden, stattdessen sollten sich die Verbraucher „klimaschonend“ ernähren, also mehr pflanzliche und weniger tierische Produkte kaufen. Auch sollten laut Bericht Verbraucher mehr zu regionalen Lebensmitteln greifen und auf Tiefkühlkost verzichten.

Das aber hätte zur Folge, dass die auf Export getrimmte deutsche Lebensmittelwirtschaft ihre Produktion umstellen und die Politik entsprechende Instrumentarien fördern müsste. Das Agrarministerium betrieb genau die gegenteilige Politik: Deutschland verhinderte bei der EU, dass die Agrarkommission mehr Mittel für eine klimaschonende Landwirtschaft zur Verfügung stellen kann.

taz 16.1.2009

Über 76 000 Unterschriften

Mit einem überraschend klaren Ergebnis endete das Volksbegehren für ein faires Wahlrecht in Hamburg: Nachdem es tagelang so ausgesehen hatte, als würde die Initiative an der Hürde von 5% der Wahlberechtigten scheitern, trugen sich am Ende überdeutlich mehr als die geforderten 61.834 Hamburgerinnen und Hamburger ein. Das Resultat ist umso bemerkenswerter, als die dreiwöchige Straßensammlung durch das Winterwetter zeitweise stark beeinträchtigt war. „Wenn selbst eisige Kälte und schneidender Wind die Leute nicht davon abhalten, das Volksbegehren zu unterstützen, so zeigt das, wie stark den Bürgern mittlerweile bewusst wird, dass Wahlsysteme auch über die Qualität von Politik mitentscheiden“, so Initiativensprecher Manfred Brandt.

Das Volksbegehren war die zweite Stufe in dem dreistufigen Hamburger Volksgesetzgebungsverfahren. Nach dem jetzigen Erfolg kommt es am Tag der Bundestagswahl 2009 zum Volksentscheid. Erst dann wird endgültig feststehen, nach welchem Wahlrecht künftig die Hamburger Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen gewählt werden.

Bereits 2004 hatte es in Hamburg einen erfolgreichen Volksentscheid für ein Wahlrecht gegeben, das den Bürgern mehr Einfluss auf die Zusammensetzung ihrer Parlamente gab. Es trat zwar als Gesetz in Kraft, kam aber nie zur Anwendung, weil es die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit im Jahr 2006 im Alleingang entschärfte.

Im Kern sollen diese Änderungen rückgängig gemacht werden.

Je nach Größe eines Wahlkreises werden weiterhin 3 bis 5 Abgeordnete direkt gewählt - aber ohne die derzeit geltenden Verrechnungsbarrieren, die es fast unmöglich machen, von einem hinteren Listenplatz nach vorn gewählt zu werden. Gewinner soll sein, wer die meisten Stimmen hat!

Die starren Landeslisten, auf denen nur eine Partei angekreuzt werden kann, werden wieder geöffnet. Auch auf den Landeslisten sollen die Wählerinnen und Wähler wieder fünf Stimmen haben, die sie auf Politiker ihrer Wahl verteilen können. Das bedeutet das Ende der politischen Erbhöfe - kein Kandidat kann wirklich sicher sein, dass er wieder ins Parlament kommt!

Es gibt keine „Parteienstimme“ mehr. Man muss also auf den Kandidatenlisten der Parteien immer Personen ankreuzen. So zeigt sich sehr genau, wem die Wähler wie viel Vertrauen schenken.

Die Bezirksversammlungen werden gleichzeitig mit dem Europaparlament gewählt. Das stärkt ihre politische Eigenständigkeit gegenüber der Bürgerschaft.

Die 5%-Klausel für die Bezirksversammlungen wird wieder abgeschafft. Auf kommunalpolitischer Ebene ist das Standard in Deutschland!

*Presseerklärung der hamburger Initiative.
Weitere Informationen: www.faires-wahlrecht.de*

Die wirkliche Freiheit in einem Gemeinwesen bemisst sich nach der tatsächlichen Freiheit der Minderheiten.

Herbert Cysarz



Das Weltsozialforum: Wir zahlen nicht für die Krise

Gemeinsame Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen anlässlich des Weltsozialforums 2009 in Belém / Brasilien

... Wir befinden uns in Lateinamerika, wo sich die sozialen und indigenen Bewegungen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zusammengeschlossen und das kapitalistische System aus ihrer „Kosmovision“ heraus radikal in Frage gestellt haben.

In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Machtübernahme von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und eine kritische Distanz zu wahren. Diese Erfahrungen werden dazu beitragen, den entschlossenen Widerstand der Völker gegen die Politik der Regierungen, Unternehmen und Banken, die die Last der Krise den Unterdrückten aufbürden, zu stärken. Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer historischen Herausforderung.

Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Bevölkerungsbewegungen und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen.

Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen, die Vereinheitlichung des Produktangebots und somit des Lebens („Kommoditisierung“) und Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur sowie der Übertragung von Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse beruht.

Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, Wettbewerb, Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen. Es führt zu blutigen Kriegen, heizt Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und religiösen Fundamentalismus an und verschärft die Ausbeutung von Frauen und Kriminalisierung von sozialen Bewegungen. Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise werden den Menschen systematisch Rechte vorenthalten. Die wilde Aggression der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und symbolisiert die Vorenthaltung von Rechten gegenüber einem Volk, was auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. Die schändliche Straflosigkeit muss gestoppt werden. Die sozialen Bewegungen bekräftigen ihre aktive Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes sowie für alle Maßnahmen, die sich gegen die Unterdrückung von Völkern weltweit richten. Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen, die das kapitalistische System und die patriarchalische Herrschaft beseitigen würde. Wir müssen auf eine Gesellschaft

hinarbeiten, die sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt und die Rechte der Natur achtet sowie die demokratische Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit unterstützt. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.

In dieser Hinsicht müssen wir einen Beitrag zu einer möglichst großen Mobilisierung der Völker leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise

- entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;
- Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;
- Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;
- Beendigung von Kriegen, Rückzug von Besatzungstruppen und Abbau von Militärstützpunkten im Ausland;
- Anerkennung der Souveränität und Autonomie der Völker unter Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts;
- Garantie des Rechts auf Land, Landgebiete, Arbeit, Bildung und Gesundheit für alle;
- Demokratisierung des Zugangs zu Kommunikationsmitteln und Wissen.

Der von den feministischen, ökologischen und sozialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert getragene soziale Emanzipationsprozess zielt auf die Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Herrschaft der Produktions- und Kommunikationsmittel und Dienstleistungen ab, was durch die Unterstützung bestimmter Formen der Eigenverantwortung erzielt wird, die dem gesellschaftlichen Interesse dienen: kleiner Familienbesitz und öffentliches, gemeinschaftliches, kommunales und kollektives Eigentum.

Diese Alternative ist zwangsläufig feministisch, da es nicht möglich ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beruht, wenn die Hälfte der Menschheit unterdrückt und ausgebeutet wird.

Schließlich verpflichten wir uns zur Unterstützung des Aufbaus einer Gesellschaft auf der Grundlage eines Lebens im Einklang mit sich selbst, den anderen und der Umgebung („el buen vivir“) durch Anerkennung der aktiven Teilhabe und des Beitrags der indigenen Völker.

Wir, die sozialen Bewegungen, haben die einmalige Chance in der Geschichte, emanzipatorische Initiativen auf globaler Ebene zu entwickeln. Nur durch den sozialen Kampf der Massen können die Völker die Krise bewältigen. Um diesen Kampf zu unterstützen, ist es wichtig, das Bewusstsein zu schärfen und die Mobilisierung von unten zu stärken. Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, die globale Mobilisierung zu bündeln. Darüber hinaus müssen wir unsere Handlungsfähigkeit stärken, indem wir die Bündelung aller Bewegungen unterstützen, die versuchen, Unterdrückung und Ausbeutung zu widerstehen.

Folglich verpflichten wir uns,

- vom 28. März bis 4. April 2009 eine Globale Aktionswoche gegen Kapitalismus und Krieg mit folgenden Schwerpunkten durchzuführen: Anti-G20-Mobilisierung am 28. März, Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März, Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel am 30. März, Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April usw.
- Erhöhung der Zahl der Anlässe für die Mobilisierung im Laufe des Jahres: Internationaler Frauentag (8. März), Internationaler Tag der Nahrungsmittelsouveränität (17. April), Internationaler Tag der Arbeit (1. Mai), Globale Mobilisierung des Kampfes für Mutter Erde gegen die Kolonialisierung und Vermarktung des Lebens (12. Oktober)
- Planung einer Agenda des Widerstands gegen den G8-Gipfel in Sardinien, den Klimagipfel in Kopenhagen, den Amerika-Gipfel in Trinidad und Tobago usw.

Durch diese Forderungen und Initiativen reagieren wir mit radikalen und emanzipatorischen Lösungen auf die Krise.

Sozialforum in Deutschland

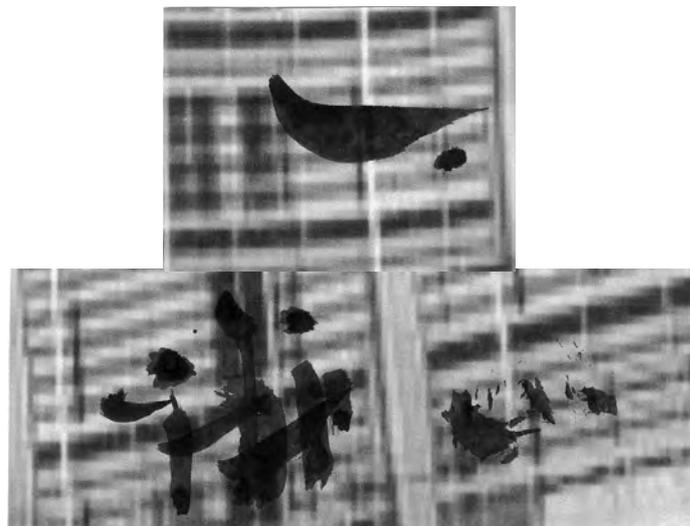
Das Wendland (Austragungsort Hitzacker im Wendland) wird vom 15. bis 18. Oktober 2009 der Schauplatz des 3. Sozialforum in Deutschland sein:

Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am Dritten Sozialforum in Deutschland vom 15. bis 18. Oktober 2009 im Wendland mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre.

www.sozialforum2009.de



Politik heißt vorausblicken,
aber ein gelegentlicher Blick zurück
erleichtert die Orientierung.

Manfred Rommel

Frühe Globalisierungswarnung

Wenn wir nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt, der nicht mehr fern liegen kann, dazu kommen, von diesem wirtschaftlichen, geistigen und politischen Leben zu sagen: So wollen wir die Dinge einrichten, und wir schaffen aus den im Wirtschaftsleben Tätigen die Leitung der Betriebe - , dann werden die Anglo-Amerikaner Gelder in die Betriebe hineinstecken und sich mit den noch vorhandenen Kapitalisten vereinigen, und die wirtschaften dann nach dem Prinzip des anglo-amerikanischen Kapitalismus in den Betrieben Mitteleuropas. Dann haben sie lange das Nachsehen. Dann können Sie schuffen für einen neuen Kapitalismus, der viel schrecklicher sein wird als der bisherige.

Rudolf Steiner am 23. Juli 1919 in einer Versammlung zur Bildung der vorbereitenden Württembergischen Betriebsräteschaft in Stuttgart

Anonymität und Person

Unter den vielen Bewegungen, die die Gegenwart auszeichnen, lässt sich eine besonders ausmachen, die man als „Neo-Romantik“ bezeichnen könnte. Sie wird teils getragen von jungen Menschen, die ab den 1980er Jahren geboren wurden und vielfach eine Allianz eingehen mit 30 Jahre zuvor geborenen Menschen der Hippie-Generation. In der Musik hat sich die Bezeichnung Neofolk etabliert, die bereits Festivals zu Stande gebracht hat und eine wachsende Bewegung darstellt. Gesungen werden unter anderem auch Lieder aus den sechziger und frühen siebziger Jahren (Joan Baez, Bob Dylan), man erforscht deren Musikgeschichte und setzt sie mit eigenen Mitteln fort. Der Grundton ist oft ein „dennoch“ im nüchternen, illusionslosen Betrachten von Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und sozialen Differenzen. Der Mut dazu wird aus der eigenen Seele geschöpft, und die Musik selbst versteht sich als Stärkung und Pflege der individuellen Seele.

Das Besondere gegenüber der Romantik zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die auch eine Hinwendung zu Heimat und Volksgut war, ist, dass die neoromantische Bewegung im Kern nicht nationalistischer Natur ist, sondern eine länderübergreifende, globale ist, die sich durch Austausch und Interesse an den anderen Kulturen auszeichnet. Eine tragende Rolle spielt dabei der Ausbau der weltweiten Kommunikationsstruktur des Internets, mit dem diese junge Generation wie selbstverständlich aufwächst. Das mag denjenigen ein Dorn im Auge sein, die im Internet etwas „Böses“ sehen. Jedoch entscheidet der moralische Gebrauch über Gut und Böse, nicht das Mittel selbst. So können auch die menschlichen Zähne bereits als „böse“ angesehen werden, da sie anderes zerbeißen. Entscheidend ist, wie menschlich der Mensch mit seinen Mitteln umgeht.

Die Spätromantik des 19. Jahrhunderts führte zu Nationalismus und in dessen Folge zu Nationalkriegen, eine historische Phase, auf die die überholte Phrase vom „Kampf der Kulturen“ wohl noch zutreffen mag. Ihre Kulmination fand sie in der irrwitzigen deutsch-nationalen Mystik des Nationalsozialismus, die mit bestechender Faszination selbst hochrangige Geister wie Heidegger zumindest zeitweise zu verführen vermochte. Nicht die postum angesichts der Katastrophe allzu leicht zu fällende Verurteilung vermag den klingsor'schen Verführungsgeist angemessen zu charakterisieren, sondern nur das Studium von Projekten mit schillernder Faszination wie etwa die Musterstadt Wolfsburg. Die Schlangenhaut glitzert hier in der Sonne fast wie ein Regenbogen.

Auch die Herzensgüte der neoromantischen Bewegungen wird heute von spätnationalistischen Randgruppen zu Vereinnahmungen und abzulenken versucht, und die Übergänge sind wie immer bedenklich fließend. Im Kern aber wendet sie sich an den einzelnen Menschen und seine Verantwortung für die Zukunft und die Erde, und dies hat wohl mit Heimat, Tradition und Regionalismus zu tun, aber nichts mit nationalistischer Überheblichkeit, die meist zur Kompensation von Minderwertigkeitsgefühlen dienen soll und derart das rechte Maß verloren hat. Die Besinnung auf regionale Wurzeln und Lebensverhältnisse hat vielmehr auch mit einer Liebe zur Erde zu tun und ihrer zum Ausdruck gebrachten Poesie. Der Gegenwarts-Romantizismus ist nüchtern, benötigt keine Drogen und keimt oft inmitten von Städten auf. Parallel

verläuft eine Entwicklung, in der Städte selbst renaturieren. Ältere Städte, deren Strukturen noch bis ins Mittelalter zurückreichen, beherbergen zuweilen an ihren Ausfallstraßen noch Gehöfte oder deren Reste, welche oft nur durch einen Torbogen zur Straße hin erkennbar sind. Die innerstädtischen Bauernhöfe mussten nach und nach Handwerks- und Bürgerhäusern weichen. Kommerz und Handel brachten eine Zunahme des Verkehrs. Heute werden dagegen wieder Ruhebereiche und Fußgängerzonen eingerichtet, oft gegen die Interessen des Handels. Große Städte wie Rom, New York oder Berlin verfügen über weit ausgedehnte zentrale Parkanlagen, in denen sich erholsame Biotop aufbauen. Grotesk war 2008 zu vermerken, dass manche von den auf dem Lande von Spritzgiften geschädigte Bienenvölker in den städtischen Naturanlagen überleben konnten. Dies weist auf eine neue mögliche Synthese und Symbiose von Mensch und Natur hin, die von den Städten ihren Ausgang nehmen kann. Künstler wie Friedensreich Hundertwasser oder der „Agrar-Rebell“ Sepp Holzer sind Pioniere in dieser Bewegung.

Zugleich wächst damit ein Trend vom Anonymen zum Persönlichen hin. Die Verzifferung der Person ist mit dem Aufbau von Staatsgebilden nach ägyptisch-römischen Vorbildern einhergegangen. Im „Dritten Reich“ wurde zur totalen Erfassung in der letzten Agonie des Krieges die lochkartengestützte „Reichspersonalnummer“ erfunden, die sich heute noch in der Kranken- oder Sozialversicherungsnummer widerspiegelt. Der Orwell'sche verzifferte Mensch war eine Vision, die jedoch nicht mit dem geistigen Zustrom neuer Generationen gerechnet hat, die sich nicht verziffern lassen wollen. Die vollkommene Ignoranz, die sich oft bei Jugendlichen gegenüber allem Vorhandenen und Gewordenen zeigt, darf nicht ihres guten Kerns beraubt werden, der instinktiv in viel von dieser Art mit Recht etwas Ungesundes wittert. „Indigo-Kinder“ und scheinbare Ego-Trips sind oft nur ein Symptom für die Durchsetzung des individuellen menschlichen Seelenkerns gegenüber den attackierenden Mächten der Außenwelt. In Schmuck und Selbststyling wird nicht selten geradezu ein Personenkult betrieben, welcher zum Beispiel auch in „Du bist ein Star“-Events zahlreicher Karaoke-Veranstaltungen lebt. Dies dient der Kräftigung und Anerkennung der Person gegenüber den Mächten der Nivellierung und Vereinheitlichung. Dies speist sich aus der dunklen Ahnung, dass nur *der* eine liebende menschliche Persönlichkeit sein kann, der auch selbst etwas ist oder sein darf. Parallel dazu steht ein zunehmender Basisbezug so genannter „Stars“, die mehr denn je über Foren und Chats den Bezug zu ihrem Publikum suchen, dieses zur Selbstentfaltung ermuntern und ihren eigenen abgehobenen Status demontieren wollen. Der Kirchenstaat des Mittelalters brachte Obrigkeitsdevotion vermischt mit religiösem Diktat. Das Christentum verordnete zusätzlich die Nichtigkeit der Person. Die modernen sozialen Bewegungen wollen dagegen die Personen wieder in ihr Recht setzen. Nicht der Bürger ist ein Sklave einer pharaonisch aufgebauten Staats-Hierarchie, sondern der Staat ist Netzwerk autonomer Individuen, die einen „Contrat Social“ im Rousseau'schen Sinne bilden. Nur die Kräfte der Vergangenheit sind es, die dieser Entwicklung des freien und kultivierten Menschen entgegenstehen.

Andreas Pahl

Der Europäer ist so hoch über dem Deutschen, als dieser über dem Sachsen, der Sachse über dem Leipziger. Über ihm ist der Weltbürger.

Novalis

Attac für ein soziales und demokratisches Europa

Das irische Nein habe der EU die Chance auf eine längst überfällige Kurskorrektur eröffnet - hin zu einem demokratischen, sozialen und friedlichen Europa. Diese Chance gelte es, endlich zu ergreifen. „Nicht erst die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass ein ‚Weiter so!‘ in die Katastrophe führt. Wer Europa will, muss Alternativen zur heutigen EU entwickeln“, sagte Hugo Braun, Mitglied der europäischen Attac-Arbeitsgruppe.

Bereits im Frühjahr 2007 haben die Attac-Organisationen aus 15 EU-Ländern sowie der Schweiz „Zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ vorgelegt, die derzeit in einem europaweiten Prozess fortgeschrieben werden. Darin fordern die Globalisierungskritiker, in einem demokratischen und transparenten Prozess eine gemeinsame Grundlage der EU zu entwickeln. Transparenz, klare demokratische Spielregeln und Elemente direkter Demokratie müssten in der täglichen Praxis der EU selbstverständlich sein. Die EU dürfe nicht wie im Vertrag von Lissabon festgelegt werden auf eine bestimmte - die neoliberale - Wirtschaftsform. Stattdessen gelte es, das Steuer-, Sozial-, Lohn- und Umweltdumping in eine Aufwärtsspirale zu wenden. Auch die Grundrechte müssten besser gewahrt werden. „Und nicht zuletzt muss für die EU eine Friedens- statt einer Aufrüstungspflicht gelten“, sagt Hugo Braun.

Attac Europa fordert

1. Einen demokratischen Prozess starten

Ein neuer Konvent muss demokratisch von den EU-BürgerInnen gewählt und ein neuer Vertrag durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden.

2. Die Demokratie stärken

Das Europäische Parlament muss das Gesetzesvorschlags- und Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern erhalten sowie das Recht, die Kommissionsmitglieder einzeln zu wählen und abzuwählen.

3. Transparenz schaffen

Alle Sitzungen und Arbeitsgruppen des Rates und der ständigen VertreterInnen müssen öffentlich sein. LobbyistInnen, Mitglieder des Parlaments sowie der Kommission müssen ihre Finanzierung offen legen.

4. Partizipation und direkte Demokratie fördern

Der Bevölkerung soll nicht nur ein Vorschlagsrecht für Gesetze und das Instrument des Volksbegehrens gegeben werden, sondern auch das Instrument des Volksentscheids.

5. Grundrechte verbessern

Die fortschrittlichsten Grundrechte müssen einklagbar ver-

ankert werden. Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.

6. Demokratische Errungenschaften schützen und verbessern
Demokratische Errungenschaften müssen geschützt und ausgebaut werden. Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards müssen in Kooperation erhöht werden.

7. Offenheit gegenüber alternativen Wirtschaftsordnungen
Ein Vertrag darf kein bestimmtes Wirtschaftsmodell festlegen und muss auf allen Ebenen alternative Entscheidungen zulassen. Der „freie“ Wettbewerb darf kein allem übergeordnetes Prinzip der EU sein.

8. Nicht Mittel, sondern Ziele definieren
Ökologische Nachhaltigkeit muss den Binnenmarktfreiheiten übergeordnet werden. In der Geldpolitik ist Vollbeschäftigung wichtiger als „Preisstabilität“. In der Verkehrspolitik ist nachhaltige Mobilität wichtiger als Autobahnen. In der Agrarpolitik sind kleinbäuerliche Strukturen und gesunde Lebensmittel wichtiger als „Produktivitätssteigerung“.

9. Spirale nach oben bei Sozial- und Steuerstandards
Das Steuer-, Sozial-, Lohn- und Umweltdumping muss in eine Aufwärtsspirale gewendet werden - durch ehrgeizige Mindeststandards, Korridore oder das Vorausgehen von Ländergruppen.

10. Friedenspflicht und Solidarität

Ein Vertrag muss eine Friedens- statt Aufrüstungspflicht festschreiben.

Diese 10 Prinzipien sind nicht nur eine Positionierung und eine Grundlage für gemeinsame Aktionen der unterzeichnenden Attac-Organisationen, sondern wollen auch eine Diskussion mit anderen fortschrittlichen Organisationen über Europa eröffnen. Nur mit einem breitestmöglichen Bündnis wird es gelingen, eine andere Politik für Europa als die im abgelehnten Verfassungsvertrag vorgesehene zu begründen.

Unterschreiben Sie diese 10 Prinzipien auf <http://www.attac.at/unterschreiben.html> oder fordern Sie Unterschriftenlisten an: Attac Österreich, Margaretenstraße 166, 1050 Wien, Tel. 01/544 00 10, Fax. 01/544 00 59, www.attac.at, infos@attac.at

Download der vollständigen Version der „Zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ unter: <http://www.attac.at/10Prinzipien>

Frankfurt am Main, 11.12.08

Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Niederlande, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Spanien



Europa

Vier Kammern halte offen,
eine für des Ostens Lebensüberfluß,
die zweite für des Nordens Tiefenkraft.
Die dritte soll Raum geben
den stützenden Formen des Westens.
In der vierten darf spielen
des Südens Kindeswesen.

Im Zusammenziehen und Lösen
bilden sie eine Mitte
gegenüber dem, was sich bekämpft.
Ein Herzensausgleich wird geschaffen,
der Friede, Güte und Liebe spendet.

Gabriele Kleber

Europa der Herzen?

Wieso sind Grenzen so, wie sie sind?

Warum gehört dieses Tal und jener Hügel zum Land A und nicht zum angrenzenden Land B? Die Antwort lautet in vielen Fällen: Weil vor ein paar hundert Jahren eine Horde von Männern "tüchtiger" im Umbringen war als eine andere Horde.

Viele Grenzen sind mit Blut geschrieben. Blut wird im Lauf der Zeit zu Tinte. Und Tinte verblasst. Ich bin kein Historiker, aber ich bin mir sicher, die selbständigen Länder Steiermark, Tirol, Salzburg werden wohl auch blutige Kämpfe gegen das Land "Österreich" geführt haben. Tausende Menschen sind wohl dafür gestorben. Heute ist der Gedanke eines Krieges zwischen Salzburg und der Steiermark absurd. Der Grund: die Integration in ein größeres Ganzes.

Ebenso unvorstellbar ist der heutigen Generation der Gedanke eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Österreich und Italien. Auch hier liegt der Grund im "größeren Ganzen" - in der EU. Konflikte, die seit Jahrtausenden - bis vor 60 Jahren! - auf dem Kontinent getobt haben und Millionen Menschenleben gekostet haben, sind für immer vorbei. Wenn das nicht ein Grund zur Freude ist... Verlust der Identität?

Wer mit dem Auto die Grenze zwischen den Bezirken Oberwart und Oberpullendorf überschreitet, bemerkt das nicht. Wer ein Strafmandat wegen Schnellfahrens kriegt, bekommt es aber dann von einer anderen Behörde (Bezirkshauptmannschaft) ausgestellt.

Diese Aufgabe - verwaltungstechnische Untergliederungen - werden untergeordnete Einheiten immer haben. Es gibt im Bezirk Oberpullendorf wohl auch andere Volkstrachten, einen etwas anderen Dialekt, vielleicht auch andere lokale Sagen und Märchen.

Aber Oberpullendorf braucht deswegen keine eigene Armee. Und dass die Verkehrsregeln in Wien gemacht werden und nicht in jedem Bezirk andere gelten, leuchtet jedem ein.

So sehe ich auch die Zukunft der EU. Wir werden weiterhin "Marillen" sagen statt "Aprikosen", aber so, wie wir heute schon froh darüber sind, dass alle Glühbirnen dasselbe Gewinde haben, werden wir letzten Endes alle von einer Vereinheitlichung der Gesetze und Vorschriften profitieren.

Wo bleibt die Bürgernähe?

Ist es gut, wenn die "Bürokraten in Brüssel" entscheiden und nicht "wir selbst"? Stellen wir die Frage vielleicht anders.

Wenn in einer Gemeinde der Flächenwidmungsplan geändert wird, kann es sehr "bürgernah" zugehen: der Onkel des Bürgermeisters, die Nichte des Gemeinderats, der Sohn des Arztes bekommen eine Umwidmung ihrer Wiese auf Bauland und somit einen hohen Vermögenszuwachs leichter als der "Zugraste" oder gar der "Ausländer" (wer bezweifelt das?)

Schon wenn derartige Dinge auf Landesebene verhandelt werden, geht das nicht mehr ganz so leicht. Obwohl es, wenn meine Tochter Lehrerin werden will, sicher kein Nachteil ist, wenn ich mit einem Landtagsabgeordneten regelmäßig Tennis spiele...

In Brüssel kenne ich niemanden. Aber mein Nachbar wohl auch nicht. Wer von der EU etwas will, muss das sehr gut schriftlich begründen, und dann wird auf Grund dessen entschieden. Dass es Betrug gibt - Leute, die falsche Angaben machen - ist richtig (obwohl das Ausmaß weit übertrieben dargestellt wird und sich die EU massiv bemüht, dagegen anzukämpfen). Den gibt es auch bei innerstaatlichen Förderungen. Aber "im Land" kommt noch die Ungerechtigkeit durch persönliche Bevorzugungen hinzu.

Der Schutz der Schwachen ängstigt Starke

In den USA wird von der mächtigen Schicht der "WASP" (White Anglo-Saxon Protestants) gesprochen. Wenn ein Politiker außerhalb dieser Kaste "etwas wird", gilt das als Sensation, wie etwa der Katholik Kennedy oder der Schwarze Obama.

In Österreich geht die Macht von den katholischen, weißen, heterosexuellen Männern aus. Das hat historische Gründe und soll nicht als Kritik an Einzelpersonen dieser Gruppe verstanden werden. Es ist auch verständlich, dass Menschen dieser Schicht nicht erfreut sind, wenn eine übergeordnete Instanz Vorschriften macht, die die anderen durch Wahrung ihrer Rechte schützen.

So haben erst vor kurzem die "Zeugen Jehovas" beim Europäischen Gerichtshof in Strassburg bestätigt bekommen, dass Österreich diese Gruppe bisher gegenüber anderen Religionsgemeinschaften diskriminiert hat und das nicht mehr tun darf.

Berlusconi wird mit einem rassistischen Gesetz, das die Volksgruppe der Roma explizit anders behandelt, auf europäischer Ebene wohl ebenfalls nicht durchkommen. Und dass die Diskriminierung von Frauen, Moslems und Homosexuellen zurückgeht, ist zu einem hohen Maß auch der EU-Gesetzgebung zu verdanken. Insofern ist es für BürgerInnen aller europäischen Staaten ein Segen, dass - auch wenn vielleicht im eigenen Land ein "Wahnsinniger" an die Macht kommt - sich dieser nicht alles erlauben kann, weil es eine übergeordnete Instanz gibt.

Der Vertrag von Lissabon

Die EU ist stark gewachsen und braucht neue Spielregeln. Der Vertrag von Lissabon sollte sie bringen: mehr Rechte für das Europäische Parlament und die BürgerInnen (etwa durch europaweite Volksbegehren), weniger Vetorechte für einzelne Länder). Dieser Vertrag scheint nun gescheitert zu sein.

Dass sich die FPÖ, das BZÖ und die Kronenzeitung darüber freuen, ist aus obigen Gründen nachvollziehbar. Linke Gruppen wie ATTAC oder die KPÖ feiern das Nein der Iren aus anderen Gründen. Und es gibt natürlich auch gewichtige Argumente dagegen: manche stärkeren Normen Österreichs werden durch europaweite Vereinheitlichung wieder verwässert; die soziale Komponente Europas wird nicht ausreichend berücksichtigt;

militärische Aspekte sind fragwürdig... Im wesentlichen stört jedoch der "neoliberale Grundkonsens", in dem dieser Vertrag verfasst ist.

Doch halt: die Politik der Union soll doch demokratisch entschieden werden! Daher wäre der Vertrag von Lissabon ein Fortschritt, weil er uns erst die Möglichkeit gäbe, die EU (und ihn selbst!) auf demokratische Art zu verändern, etwa durch Einführung EU-weiter Umwelt- und Sozialstandards. Schon jetzt ist der neoliberale Gedanke - auch ohne "Vertrag" - viel zu stark in der EU verankert, nur mit dem Unterschied, dass es jetzt kaum Möglichkeiten gibt, dagegen vorzugehen. "Festung Europa"?

Die EU sieht es als eine wesentliche Aufgabe an, die Wohlstandsunterschiede innerhalb der Union zu verringern - weil wir zu den reicheren Ländern der EU gehören, sind wir Nettozahler. Gott sei Dank. Wäre es besser, wir würden zu den Ärmsten gehören? Und gibt es ein besseres Mittel, den Frieden zu sichern, als die materiellen Unterschiede auszugleichen?

Nun muss die EU allerdings den Schritt wagen, sich selbst nur als "verwaltungstechnische Untergliederung" der Weltgemeinschaft anzusehen. Die Hymne heißt ja schließlich "Alle Menschen werden Brüder" (von Schwestern wurde dazumal noch nicht geredet) und nicht nur "Alle Europäer werden Brüder". Es geht also um ein Teilen des Wohlstands und eine Sicherung der Menschenrechte auf dem ganzen Globus!

Hoffen wir doch auf eine Zukunft, wo dieser Text zu einer Hymne der Vereinten Nationen geworden ist und diese dann genau so eine starke und ausgleichende Funktion für alle

Staaten der Welt haben wird wie jetzt schon die EU in ihrem Territorium! Und ich denke, dass die europäische Integration (wie auch die Integration der Staaten anderer Erdteile zu "Kontinentalstaaten") ein wichtiger vorletzter Schritt auf diesem Weg ist.

In diesem Sinne möchte ich euch dazu aufrufen, die Lust an der europäischen Verschwisterung nicht nur im Herzen zu tragen, sondern - in Vorwahlzeiten besonders wichtig - auch auf der Zunge!

*Dan Jakubowicz aus SÖL Nr. 133
mit freundlicher Genehmigung zum Nachdruck!*



Lehren durch die Nachbarn

Bratislava steht besser da als Berlin, hieß es in einer slowakischen Wirtschaftszeitschrift. Vor Jahren wussten viele Menschen kaum, wo sich dieses Land befindet. Der amerikanische Präsident George W. Bush verwechselte es mal mit Slowenien. Das ging auch anderen schon so.

Vor allem hat sich dort das Steuersystem radikal vereinfacht. Einkommenssteuer, Unternehmenssteuer, Verbrauchssteuer - alles hat denselben Satz von 19 Prozent.

Wo solch ein Prozentsatz nicht zu hoch ist und der Staat sonst einigermaßen solide arbeitet, sind die Bürger auch zum Zahlen bereit, so dass eher mehr und nicht weniger an den Fiskus fließt.

Inzwischen nimmt das österreichische Weinviertel, in dem recht wenig lief, an aufsteigenden wirtschaftlichen Aktivitäten der angrenzenden Slowakei teil und die Verkehrsverbindungen zwischen Wien und Bratislava haben sich wieder verbessert.

Diesbezügliche Schilderungen sind enthalten in dem Buch „So geht's, Deutschland!“ von Ulrike Fokken. Es will zeigen, was wir von unseren Nachbarländern lernen können (München 2006).

Ein ganz merkwürdiges Beispiel ist Irland. Es steht auch weltweit gesehen sehr gut da seit dem Beitritt zur europäischen Union. Trotzdem erhebt sich gerade in diesem Land eine Ablehnung gegenüber zuviel Einfluss von Seiten eines Verwaltungszentrums Brüssel. Die Menschen wollen also nicht aufgeben, was die Selbständigkeit des eigenen Staates betrifft.

Auch die Geburtenrate ist in Irland recht hoch. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union galt es als eines der ärmsten Länder Europas. Vor allem war viel Abhängigkeit von England da. Das trifft kaum mehr zu und die Menschen wollen auch nicht von anderswoher allzu viel dirigiert sein.

Von Italien lässt sich auch einiges lernen, statt nur auf häufige dortige Regierungsmisere zu blicken. So ist der ökologische Landwirtschaftsanbau sehr verbreitet, auch in Sizilien, während sonst viel Problematisches über Korruption und Bestechung berichtet wird.

In Schweden sind die Unternehmen stark daran beteiligt, dass alle Bürger zu genügender Alterssicherung kommen. Dadurch ist die Rentenfrage auch zukünftig besser im Griff als bei den meisten anderen Ländern.

A.K.

2009

Europawahl



Zum siebten Mal werden die Bürger der Europäischen Union zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 ihre Vertreter für das Europäische Parlament wählen, das bei dieser Gelegenheit das 30-jährige Jubiläum seiner allgemeinen und direkten Wahl feiert. Es ist derzeit unmöglich zu wissen, wie viele Abgeordnete genau die 492 Millionen Europäer zu wählen haben. Denn aufgrund des „Nein“ der Iren zum Vertrag von Lissabon wurden die institutionellen Reformen, wie jene über die Wahl der 751 Abgeordneten ausgesetzt. Wenn sich die Situation nicht ändert, wird die Wahl auf Basis des Vertrags von Nizza abgehalten werden.

Dementsprechend würde das Europäische Parlament aus 736 Mitgliedern zusammengesetzt sein. Im Laufe der Erweiterungen von 9 Mitgliedstaaten im Jahre 1979 auf heute 27 Mitgliedstaaten, hat sich das Europäische Parlament immer weiter vergrößert. Es ist nach wie vor die einzige europäische Institution, die direkt gewählt wird.

Auch der Aufgabenbereich des Europäischen Parlaments hat sich im Laufe der Jahre und der Verträge weiterentwickelt. Im März 1958 übernahm es im Rahmen der Einsetzung der Europäischen Institutionen Kompetenzen von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Vorrangig nur mit beratenden Kompetenzen betraut, verfügte die Europäische Versammlung allerdings über eine wichtige politische Befugnis, und zwar die, einen Misstrauensantrag gegen die Europäische Exekutive beschließen zu können. Damals wurden die Mitglieder des Europäischen Parlaments durch die nationalen Parlamente ernannt, die jedoch unverzüglich für ihre Wahl das Prinzip einer allgemeinen und freien Wahl zum Grundsatz erklärten. Anlässlich der Pariser Konferenz am 9. und 10. Dezember 1974 stimmten die Staats- und Regierungschefs diesem unentbehrlichen Grundsatz auf dem Weg zur europäischen Demokratie zu. Am 20. Dezember 1976 wurde in Brüssel das Dokument zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterzeichnet. Nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten trat es am 1. Januar 1978 in Kraft.

Am 7. und 10. Juni 1979 fanden in den damals 9 der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bildenden Mitgliedstaaten die ersten Europawahlen statt. Dank dieser Legitimierung konnte das Parlament mit ganzer Kraft seine budgetären, legislativen und politischen Auseinandersetzungen führen. Heute besitzt das Parlament zusammen mit dem Ministerrat der Europäischen Union die Finanzhoheit zur Festlegung des Haushaltsplans. Der Haushalt der Europäischen Union wird vom Präsidenten des Europäischen Parlaments verabschiedet. In der großen Mehrheit der Fälle teilt er diese legislative Befugnis mit dem Ministerrat. Die Präsidenten dieser beiden Institutionen unterzeichnen gemeinsam die legislativen Erlasse. Und auf politischer Ebene schließlich ist es Aufgabe des Parlaments, der alle 5 Jahre neu ernannten Europäischen Kommission das Vertrauen entweder auszusprechen oder es ihr zu verweigern.

Im Juni 2004 wurden die letzten Europawahlen abgehalten: 350 Millionen Wähler aus 25 Mitgliedstaaten waren aufgerufen 732 Abgeordnete zu bestimmen. Ein Monat davor hatte sich die EU um 10 neue Mitgliedstaaten erweitert. Die Wahlbeteiligung, die im Jahr 1999 49,51% und im Jahr 1979 noch 62% betrug, belief sich bei dieser Wahl auf 47,63%.

Im Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien ihrerseits der EU beigetreten. Dabei hielten beide Länder direkte Wahlen ab, bei denen eine Wahlbeteiligung von nahezu 30 % erreicht wurde.

aus: Spezial Eurobarometer 299/ Wave 69.2

Ein auskömmliches Existenzminimum steht jedem zu

Peter Schilinski bezieht sich hier auf Aussagen Rudolf Steiners in dessen Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ Ausgabe von 1920, Seite 36, letzter Absatz, bis Seite 37, Ende des ersten Absatzes.

Es geht hier noch einmal um die „Grundimpulse“ der modernen proletarischen Bewegung. Diese Bewegung endete praktisch mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gab es bis zum heutigen Tage keine Bewegung der modernen Arbeiterschaft mehr, die mehr oder weniger wirklich alle Arbeiter umfaßte. Die Mehrzahl der Arbeiter wurden jedenfalls in der Bundesrepublik Wohlstandsbürger. Trotzdem hat sich die Abscheu davor, daß der in der Wirtschaft tätige Mensch seine Arbeitskraft dem Unternehmer genauso verkaufen muß, wie man auf dem Markte Waren verkauft, erhalten. Diese Abscheu sitzt heute nicht mehr in der Arbeiterschaft, die schon lange keine alle Arbeiter umfassende Solidarität mehr besitzt, sondern die ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen sucht. Hier hat sich das Vorbild des bürgerlichen Unternehmers auch beim Arbeiter durchgesetzt. Der bürgerliche Unternehmer verkauft seine Ware so teuer wie möglich. Da der Arbeiter nichts anderes besitzt, was er verkaufen kann, als seine Arbeitskraft, so verkauft er diese „Ware“ so teuer wie möglich. Der Abscheu vor diesem Menschenhandel - anders kann man diesen Vorgang nicht bezeichnen - lebt heute in politisch bewußt gewordenen Kreisen weiter. Er ist keineswegs erloschen, sondern spielt eine entscheidende Rolle in den politischen Forderungen der Alternativbewegung und der Grünen (als ein Beispiel) nach einem Recht auf ein auskömmliches materielles Existenzminimum für jeden Menschen, völlig unabhängig davon, ob der Mensch sich im Arbeitsprozeß befindet oder nicht. Technik und Automation verdrängen in einem immer größeren Umfang die menschliche Arbeitskraft. Die Gegenpropaganda der Großwirtschaft gegen diese Tatsache wird dadurch widerlegt, daß die Arbeitslosigkeit dauernd zunimmt.

Auch der konservativste Politiker kann diese Entwicklung, trotz aller beschönigenden Ausreden, nicht mehr leugnen. Es wird immer mehr Menschen geben, die keine Arbeit in dem Sinne haben, was allgemein als Arbeit in einem Betrieb, bei entsprechender Bezahlung, verstanden wird. Auch die andere Tatsache beginnt sich herumsprechen: Wenn immer Menschen, die früher Arbeiter und Angestellte waren, keine Stellung mehr finden, dann haben diese Menschen trotzdem ein Recht auf ein auskömmliches Existenzminimum.

Und zwar ganz besonders deshalb, weil die Gewinne der Betriebe, die mit Technik und Automation noch arbeiten, immer größer werden. Heute geht es um die Umverteilung dessen, was man gemeinhin als Volkseinkommen bezeichnet, so, daß jeder Mensch auskömmlich leben kann. Das ist die Forderung, die sich durchsetzen wird. Einfach deshalb, weil die Menschen es auf die Dauer nicht zulassen werden, daß auf der einen Seite eine ständig kleiner werdende Anzahl von gutbezahlten Arbeitern und Angestellten steht, und auf der anderen Seite eine ständig wachsende Anzahl von Arbeitslosen, denen die von der Großwirtschaft beherrschten Regierungen nicht einmal ein auskömmliches Existenzminimum zusprechen.

Millionen Menschen, immer mehr, werden ihre Arbeitskraft gar nicht mehr verkaufen können, obwohl sie das sehr gerne würden. Sie werden es deshalb nicht mehr können, weil ihre Arbeitskraft von der Wirtschaft nicht mehr benötigt wird. Die Arbeitskraft als eine Ware, die verkauft wird, ist nicht mehr gefragt. Es vollzieht sich bereits die Trennung von Arbeit und Einkommen. Das Einkommen wird immer mehr als etwas empfunden, was von Rechts wegen jedem Menschen zusteht, damit er überhaupt leben kann. Die Wirtschaft kann

und will gar keine Arbeitsplätze mehr zur Verfügung stellen, weil sie ohne die menschliche Arbeit durch Technik und Automation viel mehr Gewinne erzielt. Im Unterschied zu früheren Zeiten kommt die auf diese Weise wachsende Anzahl von „arbeitslosen“ Menschen immer mehr zu Eigeninitiativen.

Noch kann die Großwirtschaft die sogenannte Staatsgewalt dazu zwingen, solche Eigeninitiativen zu verbieten. Der Arbeitslose darf laut Gesetz nicht arbeiten. Er soll dazu gezwungen werden, als Teil einer ausgestoßenen Masse von Arbeitslosen dahinzuvegetieren. Dagegen steht, daß immer mehr Arbeitslose trotz der verordneten Arbeitslosigkeit tätig werden. Sie suchen sich eine sinnvolle Arbeit, die nach ihrer Ansicht und Erfahrung schon lange nicht mehr darin liegt, zum Beispiel in der mörderischen Produktion eines Rüstungskonzernes tätig zu sein. Zahllose außerordentlich wichtige soziale Einzelinitiativen bestehen heute nur deshalb, weil sie von unbezahlten Arbeitslosen getragen werden. Hier beginnt sich allmählich der Kreis zu schließen. Hunderttausend von wirklich Tätigen, die nicht bezahlt werden können und auch nicht bezahlt werden dürfen für ihre außerordentlich wichtige Tätigkeit, stellen den wachsenden Untergrund der nur allzu berechtigten Forderung nach einem auskömmlichen Existenzminimum für jeden Menschen dar. Neben ihnen stehen immer noch Millionen von Arbeitslosen, für die Arbeit nur darin besteht, daß sie in einem sogenannten ordentlichen Betrieb gegen Lohn und Gehalt tätig sind. Sie sind frustriert und apathisch. Aber sie werden nichts dagegen haben, wenn die politische Forderung um sich greift, daß jeder Mensch ein Recht auf ein Existenzminimum hat. Sie werden diese Forderung mehr und mehr als berechtigt empfinden, je länger und je aussichtsloser sie „arbeitslos“ sind.

Die Soziale Dreigliederung trennt grundsätzlich Arbeit von Einkommen. Sie fordert für jeden Menschen ein auskömmliches Einkommen aus Gründen des Menschenrechtes. Sie macht das Einkommen nicht zu einer Wirtschaftsfrage, sondern zur fundamentalen Frage des Rechtes. In unserer Zeit wird diese Forderung immer mehr in die Wirklichkeit des sozialen Lebens überführt werden. Sozial-politische Bewußtseinsprozesse vollziehen sich langsam. Aber sie vollziehen sich auch unwiderstehlich, wenn sie durch soziale Mißstände herausgefordert werden. Das ist heute der Fall.

Peter Schilinski (1986 in dem Buch „Zur Gestalt der sozialen Frage“, Wasserburg, 1995)



Soziales Üben

Der Schlüssel zur Demokratisierung liegt nicht darin, undemokratische Regime zu stürzen... Auch reicht es nicht abzuwarten, bis dein Land das richtige Durchschnittseinkommen oder die richtige Wachstumsrate erreicht. Der Schlüssel liegt vielmehr darin, wie der Politikwissenschaftler Barry Weingast seit langem argumentiert, Regeln aufzustellen, die sich selbst verstärken. Je öfter sie angewendet werden, desto mehr werden sie respektiert, bis sie schließlich unantastbar sind.

Niall Ferguson

Widersprüche überbrücken

Es ist das Schicksal Europas, sich immer wieder neu zu erfinden, dem Trennenden nicht endgültig nachzugeben, sondern über alle Vielfalt und Verschiedenheit hinaus des Gemeinsamen zu erkennen. Europa ist der gelebte Widerspruch. Große, kühne Ideen wurden auf diesem Kontinent geboren. Aber nirgendwo gab es auch mehr Barbarei und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dort, wo die Idee des ewigen Friedens entstand, tobten die blutigsten Kriege. Europa kann stolz für sich in Anspruch nehmen, die Wiege der Demokratie zu sein. Aber es wurde ebenfalls zur Wiege der Diktatur. Faschismus und Kommunismus sind beide Kinder Europas, und die Überwindung von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur ist ebenfalls eine gemeinsame europäische Erfahrung.

Günter Verbeugen: Europa in der Krise (2005)

Höhere Begründung

Das rechtsethische Grundprinzip laute: „Jeder hat gleichen Anspruch auf Freiheit und Anerkennung seiner Würde.“ Anders als viele andere Theoretiker der Menschenwürde ist Kriele sich jedoch darüber im Klaren, dass der paradoxe Satz, wonach die Macht der Machtlosigkeit zu dienen hat, sich rein innerweltlich nicht begründen lässt.

Die Vorstellung von der Menschenwürde sei vielmehr nur nachvollziehbar, „wenn man voraussetzt, dass es Gott oder jedenfalls eine himmlische Instanz gibt, die dem Menschen diesen Adel verliehen hat und seine Achtung gebietet. Die Verletzung der Menschenwürde bedeutet dann zugleich eine Missachtung der verleihenden und gebietenden Instanz.“

Diese These besagt bei Kriele zweierlei. Zum einen beinhaltet sie die Behauptung, dass überall dort, „wo ein religiöser Bezug zwischen Gott und Mensch, Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde lebendig ist, der Gedanke der Menschenwürde zumindest ansatzweise mitgedacht wird“. Eine Religion, die sich terroristisch gebärdet, unterliegt folglich einem verheerenden Selbstmissverständnis.

Die zweite Folgerung Krieles ist womöglich noch provokanter. Wer immer es mit seinem Bekenntnis zur Menschenwürde ernst meint, der entpuppt sich danach als ein „homo religiosus“, gleichgültig ob er dies will oder überhaupt nur weiß. Materialisten, die für die Menschenwürde eintreten, machen sich nach Kriele selbst etwas vor.

Michael Pawlik zu dem Buch „Grundprobleme der Rechtsphilosophie“ von Martin Kriele

Vorarlberg und die Schweiz

Das gemeinsame Entwicklungskonzept komme einem Mentalitätswandel gleich, meint der Hohenemser Bürgermeister Richard Amann. Zum ersten Mal interessieren sich die Gemeinden für die Auswirkungen, die raumplanerische Entscheidungen jenseits ihrer eigenen Grenzen zeitigen. „Künftig werden wir gemeinsam diskutieren, wer für Belastungen durch den Verkehr entschädigt werden soll und wer dafür von den Einnahmen durch die Ansiedlungen von Betrieben etwas abgeben muss.“

Carola Schneider (Neue Züricher Zeitung, 161/2007)

Europa ist die Schule
des Zusammenlebens.

Györgi Konrad

Klare Zuordnungen fehlen

In seiner Schrift „Demokratie und Wahrheit“ (München 2006) geht Julian Nida-Rümelin auf das Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität ein. Zwar kommt es nicht zu einer Klarheit in bezug auf die Zuordnung im Sinne der sozialen Dreigliederung auf Kultur, Rechtsleben und Wirtschaft.

Doch sieht er einen ersten Angriff im Libertarismus, der alles nur frei laufen lassen wolle. Eine zweite Gefahr geht vom Kommunismus aus, wo es zu sehr ins Gleichmacherische geht. Und dann folgt noch der solidarische Zwang, bei dem die Menschen durch zuviel Pflichten ganz ausgelugt werden können.

Leider ist viel zu wenig bewußt, wie Rudolf Steiner eine klare Lösung aufgezeigt hat, indem die Freiheit ins Geistesleben gehört, die Gleichheit ins Rechtsgebiet und die Solidarität auf die wirtschaftliche Ebene bezogen sein soll.

A.K

Aufklärung gegenüber der Rechten

Bei Kommunalwahlen in Sachsen 2008 erhielt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands durchschnittlich 5,1 Prozent der Wählerstimmen. In allen zehn Kreistagen ist diese Partei jetzt mit insgesamt 45 Kandidaten vertreten. Ungefähr 160 000 Personen hatten für die NPD gestimmt.

In der bundesdeutschen Presse war bereits von einem Durchmarsch der Rechten im Bundesland Sachsen die Rede. Bei genauerer Betrachtung fällt die Bewertung jedoch etwas anders aus. Bei der Landtagswahl 2004 kam die NPD auf 9,1 Prozent, real etwa 190 000 Stimmen. Gerade in den Hochburgen waren erhebliche Verluste zu verzeichnen. Eine Einschätzung lautet, dass der Zenit der Rechtsextremen bereits überschritten ist.

Dazu passt auch das Bild der Landtagsfraktion. Drei Abgeordnete traten kurz nach der Wahl bereits aus, einer wurde wegen Finanzbetrugs rausgeworfen, ein weiterer wegen Kinderpornografie angeklagt. Ein sechster schließlich kam bei einer Autofahrt ums Leben.

Die rechtsextremistische Partei hat Probleme, seriös wirkende Mitglieder aufzustellen und greift zunehmend auf gewalttätige Neonazis zurück, mit denen sie darüberhinaus stark verbandelt ist. Sie werden zum Beispiel dann gerufen, wenn Veranstaltungen zu kontrollieren sind.

Doch die Entblößung der Nationaldemokratischen Partei als Sammelbecken dumpfer Gewalt allein reicht nicht aus. Das belegt auch eine Studie der Universität Leipzig. Weder bloßes Ignorieren noch ein Verbot helfen gegen dieses üble Phänomen. Allein die anhaltende offensive Auseinandersetzung mit den Inhalten und damit verbundenen Gefühlsregungen hilft die Einsicht zu vermitteln, dass gegenwärtige Probleme nicht durch brutale Kurzschlüsse zu bewältigen sind. Gerade wenn Probleme offen behandelt sind, zeigen sich Lösungen, die unsere Menschenwürde berücksichtigen. Und die Einbeziehung aller Beteiligten ist auch der Weg, die sozialen Fragen nicht an irgendwelche Gruppen und Parteien abzuschieben, welche meinen, sie hätten bereits die einzig wahre Lösung.

Jürgen Kaminski



Sinn und Grenzen des Rechtes

Dass sich irgendeine Machtgruppe gegen eine andere durchsetzt, ist eine antiquierte Verhaltensweise - obwohl dies das Gegenwartsgeschehen im Kleinen und Großen noch stark dominiert. Eigentlich sollte es stets mehr um ein gutes Auskommen gehen, wo niemand zu sehr vorherrscht oder unterdrückt wird.

Ohne Konflikte kann das zwar kaum gelingen. Viel Bemühen für ein Vermitteln ist hierbei nötig, um auftretende Gewaltneigungen zu beheben. Mitunter mag energischer Widerstand gegenüber zwangshaften Tendenzen nötig sein.

Diktatorische Ansprüche sind gar nicht so wenige vorhanden. Zahlreiche Menschen hätten gern, dass sich das durchsetzt, was sie für anstrebenswert halten. Würden dem nicht durch anderweitige Interessen klare Grenzen gesetzt sein, könnte manches schlimm ausarten.

Dies betrifft nicht nur äußere Maßlosigkeiten. Auch verschiedene geistige oder religiöse Lehren sind mit sehr intoleranten Zügen verbunden und wollen fremde Anschauungen nicht gelten lassen.

Eine doppelte Aufgabe ergibt sich für ein gesundes, die Gegensätze versöhnendes Rechtsleben. Einerseits gilt es ökonomische Ungleichgewichte einzudämmen. Und zum anderen ist für genug kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten zu sorgen.

Immer wenn etwas extrem ausartet, kann es auch zu schlimmen Gegenreaktionen führen. Eine regulierende Funktion sollte deshalb vorn Rechtsgebiet ausgehen und dafür sorgen, dass ein sozialer Ausgleich eintritt beziehungsweise genug kulturelle Vielfalt waltet.

Kompromisse im guten Sinne sind stets nötig, indem niemand bloß ans eigene Wohlergehen denken darf, sondern stets auch größere Zusammenhänge im Blick haben sollte. Nur eine Diktatur kennt keine Rücksichtnahme.

Da maßen sich bestimmte Machthaber mehr Recht an als jede sonstige Person. Etwas Widermenschliches zieht dadurch in die Gesellschaft ein oder greift durch kriegerische Gelüste auch auf andere Gebiete über wenn das etwa durch islamistische Haßprediger noch angeheizt wird.

Zwar möchten diese zum Beispiel in England ein dortiges Freiheitsrecht für ihre Zwecke gebrauchen, aber tiefer gesehen arbeiten sie hin auf dessen Abschaffung. Das darf nicht einfach hingenommen werden.

Jene verdienen keine Unterstützung, welche die sozialen Lebensbedingungen insgesamt untergraben.

Anton Kimpfler



Siehst du an einem Freund seine Fehler zeigen,
so denk an deren zwei, die dir sind selber eigen.

Dann wird dich nicht ein dritter, der schlimmste, übereilen:
zu richten rasch und streng, statt mit Geduld zu heilen.

Erst wenn es dir gelungen, dich selber zu bezwingen,
wird dir an deinem Bruder der edle Zwang gelingen;

Der Zwang, der aus ihm selber, aus seiner Kraft entspringt,
durch die er einer Fessel sich würdevoll entringt.

Ein doppelter Gewinn blüht dir aus solchem Werke -
Erlösungsmittlerin ist stets die wahre Stärke.

Ein Richter, der verdammt, ist stark nur im Vernichten,
Des echten Richters Amt ist: wieder aufzurichten.

Julius Hammer

Gedanken zum Gerichtswesen

Ein Gerichtswesen, das in Händen von staatsbeamteten Richtern und anderen Beamten liegt, ist in Gefahr, die notwendige Berücksichtigung des menschlichen Aspektes nicht aufbringen zu können.

Unser gegenwärtiges, vom Staat bestimmtes Gesetzeswesen steht auf der Grundlage des sogenannten römischen Rechtes. Das heißt, es wird für jeden Einzelfall das Urteil nach Paragraphen vorbestimmt. Dadurch wird eine Paragraphenreiterei gefördert, die dem gesunden menschlichen Rechtsempfinden widerspricht.

Ein vom heutigen Staate eingestellter und damit abhängiger Richter ist immer in Gefahr, durch direkte oder indirekte Anordnungen oder Anweisungen beeinflusst zu werden.

Der beklagten Partei oder den Angeklagten muss das Recht zustehen, für die Urteilsfindung einen Richter seines Bezirkes auszuwählen.

In der zu erstrebenden Rechtsform im Strafrechtswesen sind dem Laienrichter, der allein das Urteil zu finden hat, juristische Fachleute als Rechtsberater beigeordnet. Ihnen gegenüber steht der Vertreter der Anklage. Ärzte und andere Sachverständige werden gegebenenfalls zugezogen werden müssen.

Das Gerichtswesen wird durch Steueraufkommen und Gerichtszahlungen der Parteien erhalten.

Die Reform des Strafrechtes und Strafvollzugs hat die Aufgabe, denjenigen Menschen, die gegen die Gesetze verstoßen haben, alle Möglichkeiten zu bieten, vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft zu werden. Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist völlig indiskutabel und in jedem Fall abzulehnen! Ein Mensch, der in schwerwiegender Weise gegen die Gesetze verstoßen hat, wird solange von der Gemeinschaft ferngehalten werden müssen, wie er eine Gefahr für sie bedeutet.

Es sind Siedlungen vorstellbar, in denen diese Menschen unter Pflege und Führung berufener Persönlichkeiten leben können. Diese Siedlungen sind sicher von der Außenwelt abzuschließen, jedoch so, dass dadurch für die Bewohner keine unnötige Bedrückung entsteht.

In diesen Siedlungen können Wirtschaftsbetriebe unterhalten werden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, dass jeder in seinem Beruf arbeiten beziehungsweise sich fortbilden kann. Solche Siedlungen erhalten sich durch die Tätigkeit ihrer Bewohner.

Es ist notwendig, dass innerhalb dieser Siedlungen stufenweise die normale Gemeinschaft der Außenwelt erreicht wird. Nur so ist eine Gesundung der Menschen, die gegen die Gesetze verstoßen haben, zu erreichen und die Gemeinschaft vor dem Überhandnehmen der Kriminalität zu schützen. Solange der Staatsbürger den Hass des entlassenen Verbrechers, der heute in unmenschlicher Weise behandelt wird, fürchten muss, gibt es keine Sicherheit.

Aus einem Arbeitspapier von Peter Schilinski



Es ist die Natur allen heutigen Menschenrechts, dass es seinen Ursprung in der menschlichen Individualität hat; diese, nicht der Staat oder einer Ideologie oder eine Religionsform oder eine allgemein Weltanschauung ist die Ursache des Rechts.

Hans Georg Schweppenhäuser

Mehr verantwortliche Demokratie

Wie ein Alptraum konnte das auf der ganzen Bevölkerung lasten: immer massivere Schulden sowie Zinszahlungen, was in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden zu stets größeren Sparmassnahmen führte. Zum Glück hat sich nun verschiedentlich die Einsicht durchgesetzt, dies dürfe nicht so fort dauern. Jede nachfolgende Generation wäre noch mehr gestraft!

Besonders vorbildlich ging da die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf voran, welche ziemlich wegzam von ihrer Verschuldung. Auch Dresden hat einiges erreicht, indem Wohnungseigentum und anderes verkauft wurde, was nicht zur eigentlichen Aufgabe der Stadtverwaltung gehört.

Freilich darf das keineswegs allzu weit reichen, sonst drohen den Bürgern weit höhere Kosten fürs Wohnen, das Trinkwasser oder die Energieversorgung. Da wäre trotzdem zu arbeiten an gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Eigentumsformen.

Aber im Grundsatz hat das durchaus tiefe Berechtigung: dass der Staat sich von allem entlastet, was nicht zu seinem engeren Aufgabenbereich gehört. Sonst kommt er von den gewaltigen Schuldenlöchern niemals los.

Allerdings gibt es inzwischen schon ein Jammern bei jenen, die ihre Gelder in scheinbar sicheren Staatspapieren angelegt haben. Solches Bereichern, das auf Kosten der übrigen Bevölkerung geht, welche die Zinsen aufzubringen hat, wird sich dann drastisch reduzieren.

Dies ist ja eine Krux bei vielen sozialen Angelegenheiten: Einzelne und ganze Gruppen blicken lediglich auf ihre Interessenvorteile, während ein Großteil der übrigen Gesellschaft - auch anderswo in der Welt - den Schaden mitzutragen hat. Auch viele Naturzusammenhänge sind zunehmend davon belastet. Irgendwann schlägt es auch auf die Auslöser zurück.

Deshalb wäre dringend anzuraten, sich mehr um solche Gesamtbelange zu kümmern, anstatt nur auf kurzfristigen Nutzen auszusuchen. Leider konkurrieren oft Konservative und eher linke Parteigruppierungen mehr miteinander, statt dass sie auf tragfähigere Allgemeinlösungen hinarbeiten.

Die konservative Seite will häufig leichtfertig vom überfrachteten Staat weg, ohne dass solide soziale Alternativen ausgearbeitet sind. Dann fällt vieles einer Privatwillkür zum Opfer, bis ins Krankenhauswesen, das Verkehrssystem oder die Energiewirtschaft hinein.

Zugesicherte Verbilligungen bleiben dabei schnell auf der Strecke liegen. Der sogenannte freie Markt regelt sich keineswegs immer von selbst. Im Gegenteil können durch neue Monopolstrukturen rigorose Entlassungen und ein massives Verteuern auftreten.

Sozialdemokraten oder die Linke insgesamt neigen zum Verbleiben bei Verstaatlichungen, was mit starrer Bürokratie und ineffektiver Verwaltungsaufblähung einherschreitet. Also ebenfalls eher etwas Rückschrittliches!

Beides verfehlt den eigentlichen Staatsauftrag. Zwar soll abgesichert werden, dass es überall in der Gesellschaft gerecht zugeht - ohne dies aber dirigistisch aufzuzwingen, wodurch noch mehr soziale Apathie zur Ausbreitung gelangt. In grundsätzlichen Fragen des Zusammenlebens sich einig zu sein, dies soll wahre Staatskunst erlauben. Sonst ist kein verträgliches Miteinander aufrecht zu erhalten.

Dazu bedarf es gemeinsamer Grundwerte, welche neben der Gerechtigkeit vor allem auf den Schutz und einer freien Entfaltung der individuellen Menschenwürde beruhen sollten. Ja dies ist jeweils das besondere Staatskunststück: Mündigkeit und soziale Ausgeglichenheit zu versöhnen. Vom Rechtsleben aus lässt sich solches nur ausbreiten, wenn es als Bemühen von Bürgerseite mitgetragen wird. Ja letzteres muss wegen zunehmender Individualisierungsten-

denzen sogar verstärkt stattfinden, nur dann kann im Staat selber die Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Menschen gehalten werden. Von oben her wird immer weniger Dirigismus akzeptiert. Das gehört zu den politischen Errungenschaften der neueren Zeit, dass die Einzelnen immer größeren Wert legen auf ihre Freiheitsentfaltung.

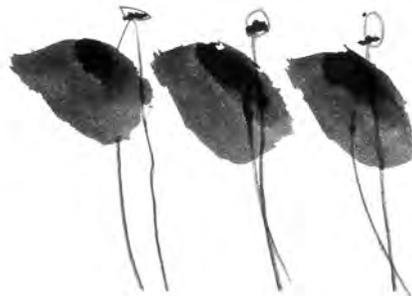
Um so intensiver muss jedoch die Bereitschaft vorhanden sein, an den allgemeinen Gesellschaftsbelangen mitzugestalten. In Deutschland ist hier die Arbeit des Vereins „Mehr Demokratie“ hervorzuheben, der im ganzen Bundesgebiet tätig ist und ein Büro in Brüssel hat, um zumindest auch ein wenig bei der Europagesetzgebung mitzumischen. Tausende Mitglieder und weitere Aktive haben es in den letzten zwanzig Jahren fertiggebracht, dass alle deutschen Länder nun den Volksentscheid in der Verfassung vorsehen. Zuvor hatte das nur für sechs Bundesländer gegolten. Bei diesbezüglichen Abstimmungen sind jeweils Sachthemen wesentlich, anders als bei den überwiegend mit Demokratie gleichgesetzten Wahlkämpfen. Durch letztere stellen sich vor allem Parteien und Personen - Köpfe - in den Vordergrund, worüber generell viel mehr gestritten wird. Hier spielen viele Emotionen mit herein sowie die ganze Propagandamaschinerie der Massenmedien. Wer dort nicht gut ankommt, hat kaum größere Chancen.

In einigen Ländern treten dabei erbitterte Rivalitäten auf, die sich bis in gewaltsame Anschläge hinein steigern können, wie das im späteren Jahr 2007 in Pakistan der Fall war. Oder es werden die Wahlen im Nachhinein angefochten wegen durchaus möglichen Manipulationen. Das führte Anfang 2008 in Kenia zu heftigen Aufständen mit Plünderungen. Plötzlich waren wieder Stammesunterschiede politisch aufgeheizt.

Alles das kann mit Sicherheit weit ruhiger ablaufen, wenn die Menschen stärker auf sachbezogene Themen hin orientiert sind. Wer dies dann am besten in die Tat umsetzt, das ist wohl die nächste Frage. Zuerst geht es aber vor allem darum, die grundsätzliche Richtung der Politik festzulegen. Parteien dürfen das nicht ausschließlich vorgeben. Sie können daran mitwirken. Doch die Inhalte der Politik selber betreffen unsere gesamte Bevölkerung.

Deshalb sollte diese generell mehr mitsprechen und sich später verantwortlich beteiligen am praktischen Umsetzen beschlossener sozialer Angelegenheiten, auch über verschiedenste Bürgerinitiativen oder Freiwilligendienste.

Anton Kimpfler



**Das ist der wahre Sinn der Demokratie,
dass Menschliches hineinkomme in die
toten Paragraphen, dass mitempfunden
wird, was in dem toten
Paragraphen sonst lebt.**

Rudolf Steiner am 5. September 1920

Statt Arbeitslosengeld

Bad Schmiedeberg machte Schlagzeilen. Das Städtchen in Sachsen-Anhalt war Ort eines Projektes, das bundesweit Aufmerksamkeit erregte.

Unter dem Titel „Bürgerarbeit“ waren hier etliche zuvor arbeitslose Einwohner zu einer öffentlich geförderten Arbeit gekommen. Der Verdienst beträgt bis zu 800 Euro, die sich aus verschiedenen Hilfszahlungen und Zuschüssen zusammensetzen und nun den Wert eines regulären Arbeitsentgeltes haben. Über 100 Bürgerarbeiter wirkten in Bad Schmiedeberg, in Vereinen, der Kirchengemeinde, im Altenheim zum Beispiel.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich dadurch von 15 Prozent auf 6 Prozent. Bürgermeister Stefan Dammhayn betonte, dass für viele Beteiligte ein besonderer Wert darin liegt, wieder einen Tagesrhythmus ins Leben zu bekommen, eine sinnvolle Aufgabe zu haben und dadurch eben auch ein stärkeres Selbstgefühl zu entwickeln.

Bevor jemand zum Bürgerarbeiter wird, ist zunächst eine intensive Bemühung um eine „normale“ Arbeitsstelle angesagt. Während der Bürgerarbeit von wöchentlich 30 Stunden kommen noch einmal 8 Stunden für Fortbildung und Bewerbung dazu.

Der Fortgang des Projekts war zunächst bis Ende 2008 gesichert. Danach muss wieder um Finanzmittel gerungen werden. Es ist daran gedacht, eine bundesweite Ausweitung für Gemeinden mit über 15 Prozent Arbeitslosigkeit zu erreichen. Dafür wurde schon ein griffiger Name erdacht: Kommunal-Kombi. Es scheint demnach eine fruchtbare Idee ihren Anfang in Bad Schmiedeberg genommen zu haben.

Jürgen Kaminski



Ein Haus fürs Zusammenkommen

In der kleinen Schwarzwaldstadt Waldkirch bei Freiburg gibt es seit 2002 das Rote Haus. Es liegt in Waldkirch-West und war 1998 als Obdachlosenunterkunft noch der „Schandfleck“ in einem verfallenen Stadtteil mit keiner sozialen Infrastruktur. Ab 2001 wurde dieses Haus gründlichst saniert und umgebaut. Zuletzt bekam es die rote Farbe als Außenanstrich, was dem Haus dann seinen Namen gegeben hat. Geplant war es als Begegnungszentrum für Jung und Alt.

In diesem Haus sollen die Jüngsten in der Krabbelgruppe sich finden können, aber auch die ältesten Waldkircher Bürger Hilfe, Angebote und Beratung erhalten. Damit das Ganze sich mischen kann, sollte es in einem Haus und unter einer Organisation stehen. Die Initiative kam damit dem Wunsch der älteren Bürger nach, nicht in einem „Altenghetto“ am Ende des Lebens zu landen, sondern wohnortnah soziale Kontakte und Unterhaltung sowie auch Weiterbildung pflegen zu können.

Nun gibt es im Roten Haus schon 35 verschiedenste Angebote für alle Altersstufen: vom Mittagstisch über Selbsthilfegruppen und der Fahrradwerkstatt bis hin zur Hausaufgabenhilfe und einem interkulturellen Frauencafé. Auch ein großer Veranstaltungssaal ist dabei, wo die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen im Dezember 2007 dem Bürgerzentrum den Titel „Mehrgenerationenhaus“ als Auszeichnung gegeben hat. Damit hat das Rote Haus schon die zweite Auszeichnung erhalten, die ihm für die nächsten fünf Jahre jährlich 40 000 Euro als Unterstützung einbringt. Die erste Auszeichnung 2005 war der bundesweite „Preis soziale Stadt“.

Barbara Wagner

Wälder und Gewässer schützen

Der Gesundheitszustand der mitteleuropäischen Wälder ist angegriffen. Einzelne Baumarten zeigen vermehrten Schädlingsbefall (Buche, Eiche und andere). Solche Phänomene sind auf einer Fläche von etwa einem Drittel des Gesamtwaldbestandes eingetreten. Durch Wiederaufforstung sowie schonende Wahl des Holzschlagzeitpunktes sind immerhin einige Verbesserungen eingetreten. Noch problematischer ist die Abholzung tropischer Regenwälder.

Im Wasserhaushalt der Erde sind ebenfalls gravierende Störungen durch menschliche Einflussnahme zu verzeichnen. Das reicht von Engpässen bei der Grundwasserversorgung bis zu gravierenden Bodenerosionen. Hier könnte eine standortbezogene Verbesserung der Zirkulation des Wassers mittels ökologischer Maßnahmen helfen.

Mehr genutzt werden sollte die Selbstreinigungsfähigkeit des Wassers durch Schilfrohr-Klärteiche, statt Chemieeinsatz. Verringern sollte sich zudem der Wasserverbrauch im Haushalt (Klospüldosiertaste), bei der Autopflege und beim Besprengen von Rasenflächen.

Würden Bachläufe mehr geschont sowie Quellen besser gefasst, könnten ganze Regionen sich erholen. Im Fränkischen ist die zentrale Lage des Fichtelgebirges mit seiner europäischen Wasserscheidezone und den sich in alle Himmelsrichtungen verzweigenden Flüssen, die dort entspringen, eigentlich ein zentraler Ruhe- und Erholungsort, der es wert macht, durch Waldpflegemaßnahmen und Naturschutzaktivitäten die umliegende Landschaft zu stützen und zu stärken.

Fast jede Industriezone hat in der Regel auch ein nahe gelegenes Erholungsgebiet. Dieses sollte mehr Beachtung finden, verbunden mit Maßnahmen, wo bis in Großstädte hinein sich Begegnungen mit Gewässern, Bäumen und Tieren ergeben.

Michael Hufschmidt



Peter Schilinski in Schleswig getroffen

Durch Peter habe ich die Anthroposophie kennengelernt und mich seitdem immer für Fragen der Dreigliederung interessiert und eingesetzt. Auch nach meinem Weggang von Schleswig habe ich immer Kontakt zu ihm gehalten, unter anderem leitete ich mehrere Jahre auch die Witthüs-Gespräche im Hirschpark (Hamburg) und half mit bei der Durchführung von Seminaren zur Dreigliederung dort. Auch bei der Gründung von Achberg habe ich geholfen und immer Kontakte zu allen Gründern gehalten. Den späteren Streit unter den Gründern habe ich sehr bedauert. Nach meiner Pensionierung 1986 infolge einer Beinverletzung mit 60 habe ich mich sehr aktiv eingesetzt für die Einführung der direkten Demokratie in Schleswig-Holstein und später für „Mehr Demokratie“ in Hamburg. Vorher war ich auch einige Jahre aktiv in der „Aktion Dritter Weg“ (Hamburg). 1978 gründete ich zusammen mit einem gemeinsamen Freund (auch von Peter) - Karl Hamrun, gestorben 1981 - den Verein „Gesellschaft für arzneilose Naturheilkunde“, den ich viele Jahre aktiv betrieb ...

Kurt Thede (gestorben 2003). Er war auch tätig bei „Internationaler Zivildienst“ und hat dadurch viele Volkslieder in verschiedenen Sprachen gelernt. Seitdem spielte er auch Gitarre mit Mundharmonika, auch als Straßenmusiker. Er „bastelte“ an der Möglichkeit, als „in zehn Sprachen singender Europäer“ aufzutreten.



EULEN SPIEGEL

Freuden und Leiden des Menschseins

Zum Wochenendseminar vom 24. bis 26. Oktober 2008 mit Anton Kimpfner (Schriftsteller), Ansgar Liebhart (Psychotherapeut) und Inga Gessinger (Eurythmie)

Aus Polaritäten besteht unser Leben. Die Gegensätze sollen miteinander auskommen. Darin pendeln wir.

Ein Beispiel sind die Jahreszeiten: Im Herbst findet ein Prozess des Todes statt, im Frühling erhebt sich die Natur von neuem.

Das Tagesleben erschöpft uns. In der Nacht muss der Erwachsene wie zum Kind werden, um einschlafen zu können. Mal muss man sich in die Gemeinschaft einfügen, mal die Einsamkeit suchen. Der junge Mensch braucht in der Pubertät einen Abnabelungsprozess zur Individualität hin.

Fest in sich ruhen: Wir müssen lernen, uns einen Wert zu geben.

Es ist katastrophal, wenn wir nur darauf warten, dass wir von anderen angenommen werden. Nur wenn jeder auch etwas für sich ist, werden gute Beziehungen möglich.

Auch das Schattenhafte ist ein Teil von uns. Wir müssen lernen, damit umzugehen, und wir merken, was bei uns sich noch wandeln soll.

Wir sind oft am meisten gefährdet, wenn es uns zu gut geht. Dann wollen wir immer noch mehr und zerstören wieder vieles.

Eine positive Einstellung muss man bewahren in schwierigen Situationen. Die Sonne strahlt dauernd, auch wenn sie hinter den Wolken ist.

Es geht darum, mit mehr Bewusstsein zu leben. Wenn etwas zu schnell geschieht, kann ich es nicht wahrnehmen und habe es schon wieder verloren. Ich steige vielleicht in den falschen Zug aus lauter Eile. Zu flink sein, kann schlecht sein.

Die Kunst liegt darin, zwischen Spontaneität und Ruhe die richtige Mitte zu finden. Das ganze Leben ist eine reiche Schule.

Was uns zurückweist, brauchen wir auch. Wenn man etwas bekämpft, kriegt man es nicht los. Ein schöpferisches Ringen ist gut, nicht weglaufen! Dazu stehen, seine Schatten und sein Licht sehen.

Die Sensibleren fixieren ihre Schatten oft zu sehr. So haben die dunklen Kräfte zuviel Macht. Das Wahrnehmen selbst ist jedoch lichtvolles Erlebnis.

Ich brauche Zeit, um Nähe zu spüren, auch nach Jahren. Vertrautheit muss wachsen.

Ein Trend ist geworden, sich zu umarmen. Das kann aber auch Konformismus sein. Es geht um Ehrlichkeit, sonst hat es keinen Wert. Manchmal ist ein gewisser Abstand wieder gut, zum Beispiel wenn die Verletzungen der Kindheit herauskommen.

Es gibt eine Art von Nähe, die nicht immer passend ist, fast wie Besitz. „Küsschen, Küsschen“ - ein Automatismus.

Das Leben besteht aus vielen kleinen Schritten und ihrer Würdigung. Bei depressiven Verstimmungen muss man die negativen, untergrabenden Gedanken stoppen. Ich bin es wert, dass ich mir die Zeit nehme, auch über mich zu sprechen - und dass andere Leute aufmerksam zuhören.

Die Zuhörer haben etwas davon und sie bauen auch mich auf. Andere Menschen sind nicht zu idealisieren, indem ich meine, dass es ihnen besser geht. In unserer Gesellschaft meint man: erfolgreich sein zu müssen, um liebenswert zu werden.

Kein Abgrund lässt sich ohne weiteres ertragen. Die einen werden depressiv, die anderen kreativ, zum Beispiel indem sie schreiben und Grenzen vor dem Abgründigen setzen.

Körperliche Beschwerden gesteht man eher ein als seelische. Es ist oft tabu, eine Schwäche einzugestehen, kann aber ein Zeichen von Stärke sein. Man muss das aushalten. Es kommt die Lösung erst mit der Zeit.

Gerade bei ganz tollen Beziehungen: Nichts überziehen! Luftsprünge am Gipfel sind gefährlich.

Eigentlich muss man demütiger sein. Man darf nicht immer gieriger werden, sonst kehrt sich manches in Abstoßendes um.

Bei zu viel Erwartungen folgen Enttäuschungen. Es gibt Leute, die fliehen in die Beziehung. Da kann ein Abgrenzen nötig sein.

Manchmal ist das Hindernis unsere größte Hilfe. Vielleicht muss man langsamer vorgehen oder mal pausieren. Weder Flucht noch Durchdrehen, sondern ehrlich mit sich umgehen.

Das Leidvolle ist nicht schlecht oder negativ. Wenn man etwas zu sehr spürt, hat das einen Grund, etwa wenn man sich an einer Flamme brennt, weil man ihr zu nahe kommt. Man braucht sich nicht zu sehr mit Angriffen anderer zu identifizieren, sollte nicht von einseitigem Urteil abhängig sein, auch sich nicht zu sehr nach ihrer Zuneigung sehnen, als ob man ohne sie nicht leben kann.

Wenn man sich über jemanden ärgert, sollte man auch überlegen, was er Gutes an sich hat. Über seinen Schatten springen und das Wertvolle bei ihm suchen!

Beziehungsfähig ist nur, wer auch allein leben kann. Sonst bin ich nicht selbstständig, sondern werde abhängig. Die Konfrontation mit sich selbst ist immer wieder nötig.

Die Musik besteht aus Höhen und Tiefen, so auch unser Wesen. Jeder hat seinen Hausdrachen oder auch seine Kellerkinder (Johannes Galli).

Am Sonntag der Binnix; Vor der Sonne schmilzt alles dahin.

Am Montag die Trantüte: Die ganze Welt ist schlimm, mir geht es schlecht - depressiver Einschlag (Mond). Am Dienstag der Fetzer: Mit tollen Sprüchen sich erhöhen, alle anderen sind nichts (Mars).

Am Mittwoch das Lästermaul: Man findet überall etwas auszusetzen; je wertvoller, desto leichter wird es zerrissen (Merkur). Am Donnerstag der Großkotz: Angeberisches Auftreten, sich selber aufplustern (Jupiter).

Am Freitag des Flittchen: Verführerisch, durchaus auch bei Männern (Venus). Am Samstag der Geizhals: Je mehr man hat, desto geiziger oft (Saturn).

Eine Verbindung zwischen zwei Menschen kann das Schöne sein, was es gibt. Eines Tages aber kann man vor dem Abgrund stehen (Trennung, Scheidung). Wie schaffe ich es, über diesen hinweg die Kommunikation aufrechtzuerhalten?

Jeder bat es schon mit sich selbst schwer. Ich halte es nur mit mir nicht aus und zu sehr nur mit anderen auch nicht.

Besser ist der eurythmische Wechsel. Wir brauchen unsere Rückzugsorte, jedoch auch Anregungen von anderen Menschen.

Leistungsgesellschaft: schöne Fassaden, dahinter ist es häufig ruinös. Alles lässt sich nicht absichern, ja es wird immer teurer.

Stellen wir uns vor, wir müssten die Sonne zahlen! Sie macht keinen Unterschied, sie strahlt für alle, gibt Licht und Wärme umsonst.

Freude an der Natur, an den anderen, auch an schwierigen Menschen. Man lernt von ihnen oft viel mehr, benötigt dann wieder Abstand.

Ich kann die Welt jeden Tag neu entdecken, mich dafür neu erwecken. Es ist eine geistige Übung.

Ich sollte die Anerkennung der anderen als natürlich und schön empfinden, doch ohne Abhängigkeit davon.

Man darf sich nicht überschätzen, nicht idealisieren. Wir haben alle auch ein kleines, bedürftiges Kind in uns. Wird dieses angenommen, kann es auch wieder geben.

Nach Notizen von Françoise Brucker, Ulm

Freundeskreis-Treffen

Auch bei der Besucherzahl des Freundeskreistreffen tut sich erfreuliches. Am Freitag waren wir 15 Menschen, am Samstag waren wir 10 Menschen. Der Verein konnte zwei neue Mitglieder begrüßen: Ruth Dewitz und Christian Wollin. Allerdings sind auch ein paar ausgetreten, die die Einführung des Mitgliederbeitrages zum Anlass nahmen ihr Engagement zu überdenken.

Der Vorstand wurde um Günter Edeler als Kassier erweitert und besteht nun aus Klaus Korpiun, Karl-Heinz Dewitz und Dieter Koschek. Finanziell hat der Vorstand die Hoffnung ausgedrückt, dass der neue Pächter Willi Burila mit mehr Erfolg die Gaststätte führen kann und dadurch die finanzielle Situation des Vereins sich entspannt. So nahmen wir einige Kürzungen des Nothaushaltes 2008 zurück und hoffen auf eine Belebung der Arbeit.

Renate ist nun ein erstes Jahr alleine für Case Caro Carrubo verantwortlich und hat dieses Jahr mit viel Unterstützung von Freunden der Umgebung, aber auch von der Vereinigung der „willing workers on organic farms“ gut überstanden. Dass sie am Freundeskreistreffen teilnehmen konnte, lag an der Unterstützung von Yona, die früher auch mal im Eulenspiegel mitgearbeitet hat. Renate sieht ziemlich entspannt auf die Zukunft. Besuche im Ferienhaus sind nach wie vor erwünscht.

Das Programm in „Eulenspiegels Kulturraum“ stabilisiert sich

und wird auch um ein Filmprogramm erweitert. Ansonsten stehen kleine Gesprächsrunden und Lesekreise im Vordergrund, zusammen mit der Seminararbeit mit Anton Kimpfler, Ansgar Liebhart und Inga Gessinger. Aber auch die Nachfrage nach der Saalnutzung ist konstant gut.

Der „jedermann“ soll um einige Punkte in der Gestaltung verändert werden und der Vorstand in seinen monatlichen Treffen will eine Art Redaktion bilden und an der Planung vermehrt mitarbeiten. Auch gab es Angebote an Hilfen bei der Erstellung der Zeitschrift. Auch die Rechtsform wurde diskutiert, ob es nicht sinnvoll sei, den Verlag unter Dach des Vereins als Zweckbetrieb zu nehmen.

Zwei Kunstbücher mit Renate Brutschin und Klaus Korpiun sollen erscheinen und zwei Neuauflagen von Büchern von Peter sind in Arbeit.

Die Projektwerkstatt bietet weiterhin ihre Unterstützung für Initiativen aus der Region an durch Büronutzung und Infrastruktur. Schwerpunkte bilden die Themen „Solidarische Wirtschaft“ und „Neue Arbeit“.

Im Haus gibt es wieder Veränderungen. Durch den Auszug von Monika steht die Wohnung zur Vermietung an. Günter wird sein Büro in den ersten Stock verlagern. Das „Dachzimmer“ soll ermöglichen Peters Archiv zugänglicher zu machen und zugleich einen Schlafplatz für Referenten frei halten.
dk



Montag, 30. März, 27. April, 11. Mai, 25. Mai, 22. Juni 2009, 20 Uhr

Lesen und Gespräch

Vor dem Hintergrund der Ideen Rudolf Steiners beschäftigen wir uns mit kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Themen. Wie sieht das in unserem Alltag aus und welche Möglichkeiten sehen wir?

Initiative: Günter Edeler, Tatjana Kerl, Klaus Korpiun.

Mittwoch 18. März 2009, 20 Uhr

Monsanto mit Gift und Genen (Film)

Vom Dioxin zu genveränderten Organismen.

Mittwoch, 15. April 2009, 20 Uhr

Menschliche Biographie und gesundes Älterwerden

Rundgespräch mit Anton Kimpfler, Freiburg und Ingrid Strohm, Lindau

Mittwoch 22. April 2009, 20 Uhr

Grundeinkommen (Film)

Ein Film-Essay von Daniel Häni und Enno Schmidt.

Samstag, 25. April 2009, 15 Uhr

Der doppelte Kasper

Im Kasperkoffer geht es drunter und drüber. „Ich bin der Kasper!“, „Nein, ich bin der Kasper!“ So klingt es hin und her, als der Kasper seinem von Zauberpinseln gemalten Doppelgänger gegenübersteht. Doch bevor er den Gemalten wieder in das Bild zurückdrängen kann, ertönt Großmutter's Stimme. Und damit nimmt ein turbulentes Verwechslungsspiel seinen Lauf.... Ein Kasperspiel von Christoph Stüttgen in 4 Akten. 45 Minuten, Eintritt 4 €

Mittwoch, 6. Mai 2009, 20 Uhr

Wege in eine gesunde ökologische Energiezukunft

Rundgespräch mit Anton Kimpfler, Freiburg u. Günter Edeler, Wasserburg

Samstag, 9. Mai 2009, 11.30 Uhr

Wege zu sozialer Erneuerung

Kongresszentrum Friedrichshafen, Graf-Zeppelin-Haus Freie Kultur, demokratisches Rechtsleben und Brüderlichkeit in der Wirtschaft. - Rundgespräch mit Anton Kimpfler und Dieter Koschek im Kongress ZuGeGen – Zukunft gemeinsam Gestalten

Mittwoch 13. Mai 2009, 20 Uhr

Erinnern wir uns der Zukunft – Die Kommune Niederkaufungen (Film)

Im Film über die Kommune Niederkaufungen e.V. wird dargestellt wie Menschen, die Leben und Arbeiten als Ganzheit erleben wollen, diesen Prozess organisieren.

Donnerstag, 14. Mai 8. Juni 2009, 20 Uhr

Eulenspiegel's Kulturtreff

Mittwoch, 10. Juni 2009, 20 Uhr

Die Zukunft fordert den kreativen Menschen

Rundgespräch mit Anton Kimpfler, Freiburg und Klaus Korpiun, Bodolz

Mittwoch 17. Juni 2009, 20 Uhr

Treibhäuser der Zukunft (Film)

Reinhard Kahls überragender Film darüber, wie Schule auch bei uns gelingt.



Studientage Soziale Skulptur

Während der Studientage Soziale Skulptur (18. bis 21. Dez. 2008 in Humboldt-Haus in Achberg) wurde die Frage „Können wir das Geld neu verstehen und anders gestalten?“ bewegt. Mit Ulrich Rösch unternahmen die Teilnehmer der Tagung den Versuch, sich die „Wirklichkeit“ der Wirtschaftsprozesse anzuschauen und die Gesetzmäßigkeiten zu ergründen, die einem Sozialen Handeln, das der Würde des Menschen entspringt, innewohnt. Erweitert wurde dieser Bewusstseinsraum durch die Bewegungsarbeit, zu der Christian Felber eingeladen hatte. Seine Kontaktimprovisationen waren das praktisch-künstlerische Übungsfeld, in dem sich die Teilnehmer dem Wesen des sozialen Miteinanders auf sinnlicher Ebene näherten. Ermöglicht, organisiert und liebevoll begleitet wurden die Studientage auch diesmal von Rainer Rappmann für den Verein zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik e.V..

Sensibilisiert durch die aktuelle Finanzkrise stand das Unrecht, das unsere dem Geld ergebene Sozialordnung hervorbringt, nackt im Raum. Doch im Gegensatz zu den derzeit gehäuften Vorträgen, Seminaren und Podiumsdiskussionen, die dem Ziel dienen, zu erraten, wie denn nun das noch vorhandene „Kapital“ zu retten sei, und welche zusätzlichen Verbeugungen und Deformationen der Menschen dafür nötig wären, waren die Betrachtungen während der Studientage grundlegend und folgten der Frage: Wie müsste ein Wirtschaften organisiert sein, das dem Menschen dient? Anknüpfend an Wilhelm Schmundt entwickelte Ulrich Rösch den frei impulsierenden Geldkreislauf als einen Fluss, der einen lebendigen Sozialen Organismus versorgt, in dem die Menschen ihren Fähigkeiten entsprechend schöpferisch tätig werden können, um das Bedürfnis eines anderen Menschen zu befriedigen. In seinem Bild einer menschengemässen Gesellschaft, ist das Geld nicht Ware, sondern ein Rechtsdokument, das das Verhältnis zwischen Rechtsanspruch und Verpflichtung des Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft regelt. Regeln, die durch demokratische Abstimmungen immer neu bestimmt werden können. - Soweit der geistige Erkenntnisprozess.

Für diese Art Erkenntnis öffnete Christian Felber den Raum und Zugang. In einer fließenden Bewegung von der theoretischen zur künstlerischen Arbeit wechselnd, forderten seine Kontaktimprovisationen die sinnlichen Wahrnehmungen der Teilnehmer heraus. Wo bin ich? Wo ist mein Gegenüber? Wo sind wir verbunden? Eine nonverbale Kommunikation wurde jeden Moment erfunden, die dem um sich selbst reisenden Ich ermöglichte, sich allmählich mit dem Gegenüber in einem gemeinsamen Tanz zu finden. Diese ungewohnten Übungen der Achtsamkeit und des Vertrauens bildeten bald den Übergang zur Frage: Brauchen wir überhaupt noch Geld? Wie wäre es, eine Welt zu denken, ohne Geld, eine Welt, die auf Vertrauen, Achtsamkeit und Mitgefühl basiert? Vielleicht eine dumme Frage, - aber: „auf der Suche nach dem Dummsten“ (Joseph Beuys) während der Studientage Soziale Skulptur sicherlich erlaubt - fand sich dieses Utopia bald neben dem Tafelbild des Geldkreislaufes nach Wilhelm Schmundt in Form einer vorsichtigen Zeichnung durch Christian Felber wieder. Mit seiner Skizze stellte er den Teilnehmern eine spannende Denkaufgabe, die diese schnell an die Grenzen der ungeprüften Glaubenssätze eines verinnerlichten Kapitalismus heranführte. Ohne Geld? Wie soll das gehen? Wie wird dann die eingebrachte Leistungen des Einen gegen die Leistung des Anderen aufgewogen? Wer würde da noch arbeiten? Einer zunächst verdutzten Leere folgten erste kreative Ideen. Wie eine Art Mandala lud das zarte Tafelbild ein, den werdenden Menschen zu denken, zeichnete es leise eine Welt, die nicht auf Wettbewerb, sondern auf der Kooperation aller Menschen, dem Prinzip Menschlichkeit folgend, beruht.

Edda Dietrich, (gekürzt durch die Redaktion)



Messe und Kongress

ist das Thema und Motto der Messe vom 8.-10. Mai 2009 in Friedrichshafen, Graf Zeppelin Haus, unter der Trägerschaft der Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung e.V., Wangen/Allgäu.

Zukunft gestalten, dafür braucht es kreative Menschen!
Die Messe soll Begegnung möglich machen und Einseitigkeiten überwinden. Sie ist eine Verbrauchermesse: Unternehmen aus der Wirtschaft und „Non-Profit“-Initiativen, die an der Umsetzung für mehr Lebensqualität arbeiten, präsentieren sich zusammen. Und sie ist eine Kulturmesse: Musik und Sprachkunst zusammen mit Landwirten und Politikern, und der „Kasper-Koffer“ kommt. Jeder soll Freude haben, Groß und Klein. Hier wird jeder Interessantes vorfinden zum Anschauen, *Mitmachen, Kaufen, Lernen, Genießen, Nachdenken.* Im Rahmenprogramm werden Fragen aufgegriffen und Perspektiven eröffnet mit Vorträgen, Workshops und einem großen „Open Space“. Parallel dazu gibt es ein Kinder- und Jugendprogramm.

Die Idee, eine Messe mit einem Kongress zu verbinden entstand, weil die Mitglieder der Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung e.V. aus verschiedenen Lebens- und Arbeitsfeldern Alternativen anzubieten haben. Schon 1973 wurde zu einem Achberger Jahreskongress ein Heft herausgegeben mit dem Titel: „Werkstatt einer neuen Gesellschaft“. Diese Werkstatt möge nie geschlossen werden!

Rund um den See gibt es viele Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen mit und ohne anthroposophischem Hintergrund. Immer stärker werden ökologische und soziale Bewegungen. Weltweit kennen wir diese als Non-Profit-Organisationen (NPO) und Non Governmental Organizations, (NGO). Immer mehr Bürger engagieren sich ehrenamtlich. In vielen Kommunen gibt es Bürger-Büros. Wo finden diese Begegnungen bei uns statt?

Die Messe gliedert sich in acht Themenbereiche:

Bisherige Mitwirkende: Stand Nov. 2008
LichtTalente Soziale Projekte in Memmingen e.V.; Talente-Tausch-Kreis Vorarlberg ; GLS Bank; Stiftung Edith Marion mit zwei Häusern: Akron und Mercurial (D), und Wohngemeinschaft Eichhorn(CH); Haus Rengold, Wohnstätte Überlingen; Ökolehmhaus, Achberg-Liebenweiler; Mehrgenerationenprojekt Memmingen; Mehrgenerationenprojekt Lindau; Gerhard Reisch Stiftung Bruckfelden; Verein zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriff und der Sozialen Plastik; Internationales Kulturzentrum Achberg ; Mellinger Verlag Stuttgart; Eulenspiegels Kulturraum Wasserburg/B; Schloss Glarisegg ; Jugend für Zukunft e.V. / (D und CH) ; Netzwerk Blühende Landschaft Wangen; Bodenseekademie Dornbirn; Graf Kayserlink-Institut Salem ; Welt-Laden Elsol Wangen; Boschenhof, Friesenhofen; Attac-Bundesverband; Büro für Kultur und Soziales Wangen; Bürgerbörsen und Büros; Gesundheit aktiv e.V. Bad-Liebenzell; Ärzte, Therapeuten Dr.Gasser Schule (CH); Jugendakademie Röthenbach; Jugendhaus Wangen; Musikschule Friedrichshafen; Musikschullehrer und Schüler Musikschule Kreuzlingen; Kasper Koffer Christoph Stüttgen; Clowns; Kernpunkt TV; Veranstaltungsort: Kongress Zentrum Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen,

Olgastraße 20 (am See)

Messe und Kongress-Büro: Veranstalter: Christine Hahn, Wangen/Allgäu Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung e.V., Telefon: 075 22 / 70 75 262 in Kooperation mit Licht-Talente e.V., mail: ZuGeGen09@web.de Soziale Projekte in Memmingen und Tatente Tausch Bürozeit: Mo-Fr. 10-12 Uhr Kreis Vorarlberg (TTKV); www.zugegen.de

Anthroposophie & Jedermann

Das Große ist nur in kleinen Schritten zu erreichen

Was sind die Weiten des Kosmos gegen die Schrecken der inneren Leere? Viele Menschen haben jedenfalls einen Riesenhorror davor. Da lässt sich nichts fest fassen. Ein ständiges Auf- und Abwogen ist im Gange. Alles unterliegt einem andauernden Verändern.

Daran können wir uns noch weniger halten als an das äußere Leben. Woran aber sonst? An die Fähigkeit, beides ruhig anzuschauen - sowohl die Welt um uns als das wogende Innere!

Dabei gelingt uns eine wesentliche Entdeckung: **Unser wahres Ich steht über der räumlichen Erstarrung draußen und über allem zeitlichen Verändern**, dem das eigene Seelenleben noch mehr unterworfen ist. Dies klar zu denken, ja dadurch einen immer sichereren geistigen Haltepunkt zu finden, kann der Einstieg zur bewussten Meditationsübung sein.

Jenseits von Raumesweiten und Zeitenströmen finde ich mein Selbst. Ein Anschauen hiervon führt zum meditativen Erleben dessen, was reines Bewusstsein genannt werden kann. Gerade weil wir von der Umgebung und unserer Innenwelt wissen, ist es mehr als diese.

Jeder von uns ragt über die Gewordenheit der Außenwelt und auch über das Dahinfließen der eigenen Seelenprozesse hinaus. Beides in einer wachen Beobachterhaltung studierend, erhebt sich der Mensch zur geistigen Wirklichkeit seiner selbst.

Von einer höheren Warte aus vermögen wir so auf all das zu blicken, was in uns und um unser Wesen herum geschieht. In diesen übergeordneten Zustand kann jeder nur sich selber hineinversetzen. Indem dies in geduldiger Wiederholung stets neu versucht wird, tritt eine Stabilisierung der entsprechenden Erfahrung ein.

Ich richte mich zu mir selber auf, so kann dieser Prozess auch beschrieben werden. Geradezu ins Staunen geraten sollte der Mensch ob solcher Entdeckung der Höhendimension des eigenen Geistes.

Dem Entzünden eines Lichtes in sich gleicht dieser Vorgang. Wach wie noch nie können wir sein. Ein inneres Leuchten durchdringt uns dann. Beobachtend und hervorbringend zugleich ist der Mensch dabei.

An dem, was so innerlich emporstrebt, schaffen wir mit und sind dennoch wie beschenkt, ja überwältigt. Es senkt sich hernieder, was als eine tragende geistige Aufrichtung in der Seele wirkt.

Da fällt alles Müssen und Sich-Zwingen weg. Der Mensch erfährt, worauf er mit seinem Ich am meisten bauen kann. Dies denkend, ist jeder zugleich ganz Wahrnehmung davon. Und indem er es wahrnimmt, wird sein Denken voll von einer geistigen Tragekraft erfüllt.

Ein großes inneres Aufatmen kann das zudem genannt werden. Die Seele fängt an, sich geistig auszuweiten und an einer grenzenlosen Fülle teilzunehmen. Für solch besinnliches Innehalten entfällt alles, was mit äußerer Einengung oder innerer Bedrängnis zusammenhängt.

Mein Ich wird selbst eine ganze Welt. Einer gesteigerten Mitte entspricht dies, von wo aus die eigenen Innenregungen gelassener anzunehmen sind sowie sämtliche Eindrücke von der Umgebung her klarer erfasst werden.

Den Punkt haben wir erreicht, von wo aus unser Leben neu zu gewichten und allmählich umzugestalten ist. Jedoch muss dieses lichthafte Ich-Begegnen regelmäßig aufgesucht werden, damit es sich mit der Zeit so sehr stärkt, dass dies

unser sonstiges Dasein beeinflussen kann.

Durch das oftmalige Verweilen in der meditativen Ruhe erzeugen wir eine neue seelische Grundlage, auf der sich stets sicherer stehen lässt. Zwar scheint es, dass dieser Boden uns sogleich wieder entzogen ist. Aber beim fortdauernden Bemühen darum bleibt zunehmend etwas zurück, was zu einem festen Lebensboden wird.

Darauf gründend, kann unsere Seele desto offener werden und sich beweglich mit allem befassen, was in der Welt vorgeht. Das innere Schwanken verschwindet nicht. Es ist inniger denn je zu begleiten, so dass daraus die intensivsten Lebensbotschaften erwachsen.

Weil wir auf einer zuverlässigen Seelengrundlage ruhen, lässt sich mit desto größerer Beweglichkeit an allem teilhaben, was uns das Leben zuträgt. Wird dies zuviel, können wir uns kraftvoll behaupten, ja ein zusätzliches Widerstandsvermögen entwickeln.

Mit Schwierigkeiten innerer wie äußerer Art lässt sich so besser zurecht kommen. Zuweilen müssen wir uns abgrenzen oder sogar gegensteuern. Infolge des selber errungenen Haltes können wir daran jedoch wachsen.

Mag das Leben noch so umkämpft oder auch der zwischenmenschliche Bereich von viel Auseinandersetzung erfüllt sein: Widerstehen wir in gutem Sinne, aus geistigem Selbstbehaupten, so erweist sich dies als ein echter Schutz.

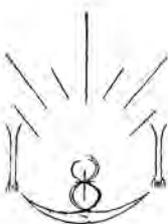
Unsere Seele ist sodann weniger in aufreibende Unmutsäußerungen gerissen. Unnötige Aufregung wird vermieden, was sonst an der Gesundheit nagt und uns richtig auszehren kann.

Eigentlich bedeutet dieses innere Wachstum, welches sich mit uns vollzieht, etwas sehr Großes. Dennoch kann es nur in nahezu unmerklichen kleinen Schritten ablaufen.

Dies ist auch gut, weil nur so die nötige Bescheidenheit bewahrt bleibt. Andernfalls würden wir uns schon wieder zu viel darauf einbilden und deshalb eine problematische Geistigkeit anziehen.

Anton Kimpfler





Ostertagung 2009
-10. bis 12. April
Karfreitag, 15 Uhr, bis Ostersonntag Mittag

**Das ganze Leben soll
geheiligt werden - Individuelles
Opfer, sozialer Kultus und geistige Erneuerung**

Mit Jürgen Kaminski, Anton Kimpfler, Gabriele Kleber, Annemarie Richards und Barbara Wagner
Ort: Therapeutikum am Mergelteich im Hermann Keiner-Haus, Mergelteichstraße 47, D-44225 Dortmund-Tierpark
Anmeldung und Auskunft: Barbara Wagner,
Sichelstraße 56, D-44229 Dortmund, Telefon 0231/7257278